

Er scheint täglich
auszugeben mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis
monatlich 60 Pf. frei im Hause,
durch die Post einschließlich
1,05 Mark ohne Postgebühren.

„Die Neue Welt“
(Wochenzeitungsbeilage),
monatlich 10 Pfennig.

Schriftleitung:
Henz 46/48, Fernsprecher 288
Speyerstraße; nachts von
7-11 Uhr mittags.

Die Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

Anzeigengebühr
betragt für die 6 Spalten
Rechnung ab dem ersten
30 Pf., für ausserordentliche
Anzeigen nach Vereinbarung.
*
Anzeigen
für die fällige Nummer
müssen spätestens die
veranschlagte Zeit in der
Druckerei aufgegeben sein.
*
Hauptgeschäftsstelle:
Henz 46/48, Fernsprecher 288
Speyerstraße; nachts von
7-11 Uhr mittags.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Erkarsberga und die Mansfelder Kreise.

Schädigt Volksfreiheit die „militärische Disziplin“?

Geselle Ledebour schreibt uns:
Der Herr Generalfeldmarschall v. d. Golz hat sich als langjähriger Instruktor der russischen Armee galt in Deutschland als bester Kenner nicht nur ihrer militärischen Leistungsfähigkeit, sondern der Wehrverfassung des Kaiserreiches überhaupt. So wurde sein optimistisches Urteil über die Türkei in hohem Maße bestimmend für die orientalische Politik der deutschen Regierung. Es ging von einer Ueberschätzung der Türkei aus, auf einer viel weitergehenden Ueberschätzung, als sie der immerhin sachkundige Herr v. d. Golz selbst sich hätte zuzulassen können lassen. Der Tragdich der preussischen Regierungslinie sollte offenbar seine Hauptlieferquelle in der für diese Wollensichtener äußerst charakteristischen Wertung des jetzt verlebten Einflusses, den ein despotisches Regierungssystem hinsichtlich auf einen Staat und auch auf seine Arme ausüben muß. Bei Leuten, die heute noch die Lehren von Jena nicht zugeben wollen, ist es kein Wunder, daß sie die Künste verflochten haben gegen das dauernde Verderben, das Kaiser Wilhelm II. Freund, Abdul Kamid, über das Friesenrecht gebracht hat.
Es ist übrigens bei der Charakteranlage der preussischen Staatskrieger nicht weiter verwunderlich, daß sie als Eindringlinge für ihre eigenen politischen Maßregeln jeher den Generalfeldmarschall v. d. Golz in die Wüste der Pensionierung hineingekannt haben.
Weit verwunderlicher ist es, weshalb Herr v. d. Golz aus seinen eigenen Erfahrungen nicht die Lehre geschöpft hat, daß er besser täte, mit der Herbeizugung seiner eigenen autoritätsbewußten Anschauungen zur Beurteilung militärischer Fragen etwas vorsichtiger zu sein. Soeben erst hat ihn das Wahrschicksal getroffen, das zum guten Teil aus seiner eigenen fehlerhaften Wertung der türkischen Wehrkraft erwachsen ist. Flugs läßt er sich in der neugewonnenen Ruhe bei der Abwägung der in dem neuen Balkanfrage miteinander ringenden Streitkräfte zu folgendem interessanten Urteil verziehen, das er im Tag niedergelagt hat:

„Griechen und Serben einer, die Bulgaren andererseits haben Aussicht auf Erfolg oder glauben ihn zu haben. Das macht die Vermittlung schwer. Dauernd kann nur das Schwert entscheiden. Die beiden ersten Völker, die ursprünglich ohne Zweifel die größten Rechte besaßen, ernten heute, was sie hyperliberalen Verfassungen zu verdankten, die sie sich nach der Wehrfrage geben. Sie kannten die Herrschaft streifer politischer Macht und kriegerischer Stärke, durch welche die Bulgaren sich schon vor dem Kriege in den Balkan und gedanklich hatten. Das sei nebenher unter Friedensschwärmern und Militarismusgegnern gesagt.“

Der Herr Generalfeldmarschall glaubte also einen entscheidenden Sieg der Bulgaren über Serben und Griechen vorhergesagt zu können, weil die „hyperliberalen Verfassungen“ Serbiens und Griechenlands die Verletzung streifer (soldatischer) Macht und kriegerischer Stärke gekemmt hätten. Mit großer Freude hatte er offenbar wahrgenommen, daß König Ferdinand in Bulgarien ein strenges Despotenregiment durchgeführt hatte, und seine preussische Denkwürdigkeit entdeckte darin die Gewähr für eine unbedingte kriegerische Ueberlegenheit der Bulgaren über die freien Serben und Griechen. Welch fähige Gelegenlichkeit, den letzten Friedensschwärmern und Antimilitaristen eins auszumischen!
Hätte der gute Feldmarschall seinen Prophezeiungsdrang und den Wunsch, etwas Wasser auf die Mühlen der bulgarischen Reaktion zu leisten, etwas gegügelt, so hätte er sich einen neuen, gräßlichen Herrental erpart. Denn kaum war die Linde trocken, mit der er zur Disziplinierung freierwilliger Einrichtungen einen bulgarischen Siegeszug verknüpft hatte, als die Nachrichten über die schweren Niederlagen der Bulgaren einströmten. Trotzdem nach den Anschauungen v. d. Golzens das serbianische Despotenregiment den Bulgaren den strengen militärischen Geist eingepflanzt hatte, der ihnen den Sieg verdürgte, sind bei den freierwilligen verhaufenen Griechen und Serben in die Hände gekommen worden, während der letztere Ferdinand weit vom Schicksal in Sofia auf Siegesnachrichten laurerte.
Erlaffen die Künste die Prophezeiungen des militärischen Reaktionspolitikers zustanden werden, dann die Bulgaren. Das ist viel besser. Oder vielmehr, es ist die folgerichtige Wirkung eines unauflösbaren Mangels an Geschichtsverständnis und einer völlig widerwärtigen Volkspolychologie.

Der Herr Generalfeldmarschall mag, was seine Bewunderer behaupten, ein vortrefflicher Taktiker, Strategie und Heeresorganisationsfaktor sein. Er mag in den rein technischen Seiten des Heereswesens Hervorragendes leisten; er verkennt aber völlig die seitlichen Einwirkungen, die aus den Verfassungsverhältnissen eines jeden Volkes hervorgehen, für Sieg oder Niederlage in einem großen Kriege entscheidend sind. Die Disziplin ist sicher erforderlich für ein Heer wie für jede Organisation. Es ist aber schon eine gewaltige Ueberziehung des rein militärischen Drills, wenn man glaubt, daß durch ihn allein das notwendige Maß von Disziplin einem Heere beigebracht werden könne, und daß deshalb ein Despotenregiment, das der Untertanenschaft von vornherein die Gewohnheit des passiven Gehorsams gegenüber den Autoritäten angezeigt, die

wichtigste Vorbereitung für die Eindrückung der militärischen Disziplin abgibt.
Weit wertvoller als die erzwungene und angebrüllte Disziplin ist für jeden Soldaten genau so, wie für jeden Reichsden überhaupt, die freiwillige, auf Erkenntnis der Notwendigkeit beruhende Einordnung in die Erfordernisse gemeinsamen Handelns. Diese Art Disziplin bildet sich aber weit besser in freierwillig sich selbst regelnden Staatsebenen aus als in Despotie. Dazu kommt, daß ein Volk um so mehr sich für Erhaltung und Verteidigung seines Staatswesens aufopfert, je weniger eben die Regierung als eine unterdrückende Herrscherklasse feindselig gegenüber steht und je mehr es sagen kann: der Staat, das bin ich! Despoten, die das Selbstbewußtsein und die Selbstachtung einer Bevölkerung lähmen müssen, wirken immer zerrütend auf alle staatlichen Organisationen ein, auch auf das Heer.
* Nun gibt es in der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung natürlich kein Staatswesen, in dem Volk und Staat völlig identisch sind; es kann solche Staatswesen jetzt überhaupt nicht geben. Regierungsmisbrüchlichkeit und Volksfreiheit sind bisher noch stets miteinander gemischt; es gibt zu nur graduelle Unterschiede zwischen den Staaten. Man kann immer nur von einem Volk und einem Volk mit freiheitlichen Einrichtungen reden bei Vergleichen zwischen den heutigen Staaten. Auch sind zwischen den Zuständen in Bulgarien einerseits, in Griechenland und Serbien andererseits die Unterschiede nicht so groß, wie etwa zwischen England einerseits und England aber gar der Schweiz andererseits. Immerhin kann man Herrn v. d. Golz darin recht geben, daß ebenfalls Bulgaren unter dem serbianischen Regiment erheblich despotischer regiert wird, als die immerhin länger von der Fremdherrschaft befreiten und so freiheitlichen Verfassungsaufständen durchdrungenen Balkanländer Serbien und Griechenland. Aber da Herr v. d. Golz gerade auf diesen Unterschied seine Behauptung von der militärischen Ueberlegenheit Bulgariens begründet, ist es geboten, die Unrichtigkeit seiner Behauptung nachzuweisen, denn die Goldsche Denkwürdigkeit spielt eine große Rolle in dem Arsenal unterer heimischen Reaktionsförderer.

Die Ereignisse selbst haben schon unabweislich die Goldsche Behauptungen in Frage geschlagen. Darüber braucht man kein Wort weiter zu verlieren. Dürfte jedoch der serbische Feldmarschall bei seinen geschichtlichen Studien die historischen Scheuklappen abgelegt, so würde er selbst schon herausgefunden haben, daß auch die Ereignisse der Vergangenheit noch stets das Gegenteil von der Weisheit gelehrt haben, die er neulich im Tag verzapft hat.
Im nur angeführten der Jahrbuchreihe das nächstliegende Beispiel herauszugreifen, so wurden bei Mainz und später bei Jena die renommierten Drillsoldaten des despotisch regierten Preußen von den französischen Revolutionskriegergeboten geworfen, wie später 1813, als unter dem Druck der napoleonischen Weltbeherrschung der Wehrleistungsdrang in Preußen erweckt war, die dann halbunwillig ausgedienten preussischen Truppen ihre nimmere zu einem Feldherrn erlitten. Frankreich, die in beiden Fällen den Ausschlag gab. Sollen wir auch noch aus den letzten Kriegen Russen und Japaner, Spanier und Amerikaner anführen? So leicht und denn die Geschichte ebensolche die Volkspolychologie: Wenn zwei Völker mit einander in Krieg geraten, so wird alle anderen Umstände als gleich vorausgesetzt, derjenige obliegen, in dem ein freiheitlicher Staatsteilnehmer die geistigen und sittlichen Kräfte des Volkes zur höheren Entwidlung gebracht hat. Auch für die Wehrkraft eines Volkes schafft die Freiheit bessere Existenzbedingungen als der Despotismus.

Das sei hiermit unserem Kriegsschwärmer und Militarismusfreund v. d. Golz gesagt.
Das Reich und Preußen.
(Von Professor Walter Schöding.)
Gegen die Möglichkeit eines parlamentarischen Regierungssystems in Deutschland ist von jeher die Verfeindlichkeit des Wahlrechts im Reich und in Preußen in das Feld geführt worden. In der Tat läßt sich nicht leugnen: Preußen und das Reich sind so sehr miteinander verknüpft, daß eine parlamentarische Regierung nicht durchgeführt werden kann, wenn innerhalb des Reichstages und des Abgeordnetenhauses ganz verschiedene Majoritäten vorhanden sind. Nicht der Wortlaut der Reichsverfassung, wohl aber die Tatsache der Struktur des Reiches erfordert, daß der Reichstag aus der preussische Ministerpräsident ist. Denn wie noch in allerzöglicher Zeit der Staatspräsident des Innern im Reichstage mitgeteilt hat, gelangt — von preussischen Anträgen abgesehen, die von der Reichsverfassung allein vorgegeben sind — aus keine Präzisionsvorlage an den Bundesrat, die nicht zuvor die Zustimmung Preußens gefunden hätte. So daß die wenigstens die preussischen Stimmen gesichert sind. Andernfalls würden die Verhandlungen innerhalb des Bundesrats meistens pro nihilo (vergeblich) sein, und der Reichstag würde in eine geradezu unfruchtbar Position geraten, wenn er von ihm selbst eingebrachten Vorlagen nachträglich als stimmungsreicher Bevollmächtigter Preußens selbst bekämpfen müßte.

*) Aus dem jüngst im Vorwärts besprochenen Buche: Neue Ziele der staatlichen Entwidlung.

Die Anhänger des parlamentarischen Systems haben deshalb von jeher verlangt, daß das preussische Wahlrecht mit dem Reichstagswahlrecht im Einklang gebracht werde. Ein J. B. Preussens im seinem wertvollen Buche über die Reichsverfassung vom Jahre 1873, dem freilich die sogenannte „juristische Schule“ des Staatsrechts nicht gedehnt werden konnte. Aber auch wenn man die Dinge unter dem Zeichen des heutigen Konstitutionalismus würdigt, erweist sich die Diskrepanz zwischen dem politischen Zusammenhänge des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses täglich merkwürdiger und hemmend. Die fortgesetzten Reibungen zwischen dem Reichsparlament und dem preussischen Parlament schaffen eine chronische, störende Krisis unseres Verfassungsliebens. Wenn wiederholt preussische Politiker von verschönerter Färbung es als einen mündenswerten Zustand bezeichnet haben, daß das preussische Parlament infolge eines wesentlich laxeren Wahlrechts laugnen das Ueberhaus für das Deutsche Reich bilde, so liegt darin meines Erachtens für das nichtpreussische Deutschland gerade eine Herausforderung. Etwa ein Drittel unseres Volkswortes soll sich also ein Ueberhaus gefallen lassen, auf dessen Zusammenfassung es nicht den geringsten Einfluß besitzt! Über davon ganz abgesehen: Wie sollen die Geschäfte geführt werden, wenn das deutsche Parlament nach links, das preussische nach rechts gehen will? Woher soll der Wisard kommen, der sich eben in diesen beiden Parlamenten homogene Mehrheiten zu schaffen wüßte? Denn dieselben Mehrheiten, die im preussischen Parlament dem Kammer den Vorswurf machen, er liege sich von der Weisheit der Reichstages führen, betrachten es als selbstverständlich, daß in Preußen die Regierung in ihrem Sinne geleitet wird. Und der einmal von Wilow in der interaktiven Area des Reichstages unternommene Versuch, im Reich mit den Liberalen und im Preußen weiter gegen die Liberalen zu regieren, mußte wegen der dargelegten Verquickung der preussischen und der Reichspolitik schon aus diesem Grunde ein jähes Ende finden.

Ein Reichstag muß sich eben auf die Straße hinaus können, die in Preußen herrschen, sonst legt ihm der alte Windschiff davon. Die Notwendigkeit, zwischen der Reichspolitik und der preussischen Politik den nötigen Gleichklang zu schaffen, hat Saragun in seiner wertvollen Untersuchung über das parlamentarische Wahlrecht im Reich und in Preußen und seine Reform zu dem Vorschlag geführt, hier wie dort ein Pluralwahlrecht einzuführen. So demokratisch dieses Pluralwahlrecht gestaltet werden möchte, immer wird es das Reichstagswahlrecht gegenüber dem geltenden Reichstagswahlrecht für die große Masse eine Minderung ihres politischen Einflusses mit sich bringen. Die große Masse wird es deshalb als eine Entscheidung empfinden, und da der Geist der Zeiten nur fraglos dahin zielt, der großen Masse mit der gesteigerten Bildung einen erhöhten politischen Einfluß einzuräumen, so wäre Saraguns Plan eine Mäßigkeit von christlichem Charakter. Sowie sich auch gegen das gleiche Wahlrecht einwenden läßt, und so leicht besten heimliche und offene Gegner sein mögen; es gibt meines Wissens keine einzige politische Partei in Deutschland, die es ihren Wählern gegenüber glaubt machen zu dürfen, die Aufhebung des gleichen Wahlrechts im Reich zu fordern. Eine praktisch unmögliche Maßregel braucht aber meines Erachtens die Politik nicht weiter zu beschäffigen. Da nun aber auch der Gedanke, mit Hilfe eines besonderen preussischen Systems die demokratischen Ideen im Reich hemmen zu wollen, nur Verwirrung schafft, und mit der preussischen Führung den ganzen Reichsgedanken diskreditiert, so bleibt keine andere Möglichkeit, als das preussische Wahlrecht dem Reichstagswahlrecht nachzubilden oder wenigstens anzunähern.

Politische Uebersicht.
Halle (Saale), den 21. Juli 1913.
Die Reform der Militärstrafgesetze.
Im März behandelt der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Prof. v. Eick die Frage der Reform des Militärstrafgesetzes und meint, daß vor dem Jahre 1925 (1) wohl kaum mit der Vorgabe eines neuen Entwurfs des Reichsmilitärstrafgesetzbuchs zu rechnen sei, denn zuerst müßte das Reichstagsgesetz in seiner neuen Fassung vom Reichstage verabschiedet werden, und daran sei vor dem Jahre 1920 nicht zu denken. Uebrigens glaubt er, daß das vom Reichstage beschlossene Gesetz über die größten Härten für die nächsten Jahre hinweggehoben dürfte. Zu diesem Gesetz selber will die Tagliche Rundschau erfahren haben, daß es in der letzten Plenarsitzung des Bundesrats vor den Ferien an die vereinigten Ausschüsse für Justiz und Landesverteilung überwiesen worden sei. Diese Ausschüsse würden ihre Arbeiten Mitte September wieder aufnehmen und dann zunächst das Projekt in Beratung ziehen. Zweifel an seiner Annahme befinden nicht, so daß der Entwurf etwa Ende Oktober fertig werden dürfte. An maßgebender Stelle werde erwoogen, den Entwurf zu beurteilen die Wohlthaten des gemilderten Militärstrafgesetzes für alle Fälle angeben zu lassen, und die Möglichkeit dazu sei damit gegeben, daß es dem Reichstagsrat freistünde, den Termin für die Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht auf einen Zeitpunkt zu legen, an dem die neuen gesetzlichen Bestimmungen schon in Kraft sind.
Wenn diese Abicht tatsächlich bestehen sollte, so würde auch darin eine ganz erhebliche Härte für die Betroffenen liegen, die sich nicht auf freiem Fuße befinden, sondern in Inter-

Industriezeit. Das würde bedeuten, daß die Unter-
suchungsbahnen und damit die Angehörigkeit über das Schicksal der
Bevölkerung in den Spätherbst hinausgeschoben werden.
Die kaiserliche Rundschau weiter erzählt, daß die Mehr-
heit der verbündeten Regierungen auf dem Standpunkte, daß
im Interesse der militärischen Disziplin nicht darauf einzu-
gegangen werden kann, die Manöver des Verlaufsverfahrens
nur für die Dauer der Kontrollvermittlung unter die Militär-
gehalte zu stellen; vielmehr würde daran festgehalten werden
müssen, daß sie nach wie vor den ganzen Tag hindurch den Militä-
rgeleuten unterliegen. Man kann sich demnach ungefähr vor-
stellen, wie die beabsichtigte „Reform“ des barbarischen mili-
tärischen Strafsystems ausfallen wird.

Eine neue Militärvorlage in Sicht?

Die Militärpolitische Korrespondenz verbreitet eine Nach-
richt, die nicht verfehlen wird, erhebliches Aufsehen zu erregen.
Es wird nämlich mitgeteilt, daß man im Kriegsministerium
bereits wieder an neuen Aufrüstungsplänen arbeitet, und zwar
handelt es sich diesmal um ein Neu- bzw. Umbewaffnung
von der Artillerie. Im Reichsministerium haben außerdem
außerdem die Pläne für die Schaffung einer Auslands-Struktur-
Flotte fix und fertig vorliegen. Wenn die Forderungen dem
Reichstage zugehen, steht allerdings noch nicht fest, da man
damit rechnen, auf einen gewissen Widerstand zu stoßen.

Die Post hat auf Anfrage an amtlicher Stelle die Auskunft
erhalten, daß an diesen Mitteilungen auch nicht ein waches
Wort ist. Der frühere Kriegsminister v. Heeringen hat einmal
in einer Sitzung der Budgetkommission des Reichstages, als er
über die Möglichkeit einer Mittelung der Militärpolitischen
Korrespondenz befragt wurde, erklärt, daß das Kriegs-
ministerium mit dieser Korrespondenz keinerlei Verbindungen
unterhalte, und daß insbesondere dem Herausgeber dieser
Korrespondenz im Kriegsministerium jegliche Auskunft ver-
weigert werde. Auf solche „Erklärungen“ ist indessen nicht viel
zu geben; noch jede bisher in den Zeitungen angegebene neue
„Reformvorlage“ ist von der Regierung prompt „dementiert“
worden, und hinterher haben sich die Mitteilungen doch als
mehr herausgestellt. So war es ja auch bei der vor kurzem vom
Reichstage mit Hurra begrüßten Weisenheersvorlage. Stimmen
die Mitteilungen der Militärpolitischen Korrespondenz,
so würde die neue Vorlage fordern: eine vollständige Neu-
und Umbewaffnung der Artillerie für den Land-
militarismus und eine Auslands-Struktur-Flotte für den
Marinismus, der bei Zeit nicht erwarten kann, daß auch er
wieder an die Reihe kommt. Und der Luftmilitarismus wird
auch nicht zu kurz kommen wollen.

Daß diese neuen Aufrüstungsmaßnahmen wieder viele Tausende
von Millionen verschlingen werden, ist selbstverständlich. Selbst-
verständlich ist auch, daß man zur Deckung diesmal zu indirekten
Steuern greifen und damit die Volksmassen von neuem be-
lasten wird. Selbstverständlich ist ferner, daß alle bürger-
lichen Parteien ohne Ausnahme auch die Aufrüstungspläne scharf
werden. Die seine Angst vor der „Sommerbewegung“ des
obersten Krieges Herrn und der kritische Heißt vor dem mili-
tärlichen Mandarinentum werden die bürgerlichen Parlamen-
tarier schließlich doch zur Bewilligung bringen.

Die Arbeiterpartei darf angesichts dieser neuen Aufrüstungs-
hebe im Kampfe gegen den Militarismus nicht erlahmen.
Für unsere Wehrverbände zu agitieren, über sie zu mehr
und mehr Klarheit zu verbreiten, muß unsere Aufgabe sein. Wenn
wir diesen nachsichtigen Betrachtern mit all seinen Gefahren
für den Volkfrieden, für die Kultur und die Lebenshaltung
des arbeitenden Volkes ein Ende bereiten wollen.

Die Angst der agrarischen Zollwächterer.

Die konservative Korrespondenz behauptet den Verlust von
drei Mandaten der Reichstags an den „Großbäuer“. Diesem
Bedauern hat eine sehr reale Grundlage: laufen doch mit
dem Jahre 1917 die Handelsverträge, die Deutschland mit den
westlichen auswärtigen Staaten abgeschlossen hat, fast sämtlich
ab. Die Korrespondenz bemerkt, daß durch die drei Mandate,
welche die Rechte in letzter Zeit verloren hat, die Linke das
tatsächliche Ubergewicht erlangt hat. Im Hinblick auf den
Zolltarif rechnet die Reichsregierung nun mit zwei Möglich-
keiten: entweder legt die Reichsregierung dem Reichstag
einen neuen Zolltarif vor, oder die neuen Handelsverträge
werden auf Grund des alten Zolltarifs abgeschlossen. Das letz-
tere wünscht natürlich die konservative Korrespondenz, das
selbstverständlich im Interesse der Konservativen, der Agrarier
und Junker liegt. Die Korrespondenz traut aber dem Frieden
im Reichstage nicht. Sie vermutet, daß eine freihändlerische
Reichstagsmehrheit den ganzen Zolltarif in Behandlung nimmt
und ihn in ihrem Sinne umgestaltet. Sie fügt sich dabei auf
Veränderungen der freihändlerischen Presse, in welcher in erster
Linie verlangt wird: Aufhebung der Zölle für Roggen und
Weizen, Abschaffung der Futtermittelzölle, Ermäßigung
der Weich- und Fleischzölle usw.

Gegen diese Forderungen lautet die konservative Korrespondenz
entgegen, indem sie schreibt: „Daraus kann die deutsche
Landwirtschaft ersichen, was sie von diesem Reichstage noch er-
warten kann und wie groß die Gefahr ist, die der deutschen
Landwirtschaft von diesem Reichstage noch droht. So ist das
Schicksal der Heilung des Zolltarifs in der Tat höchst un-
gewiß, und es wird außerordentlichen Anstrengungen aller
landwirtschaftsfreundlichen Parteien bedürfen, um die Erneue-
rung der Handelsverträge auf der bisherigen Basis zu er-
reichen. Zu irgend welchen Verbesserungen im landwirtschafts-
freundlichen Sinne dürfte dieser Reichstag jedoch nicht zu
haben sein.“

Es kümmert die Agrarier und Junker also nicht, ob das
deutsche Volk in Folge der hohen Lebensmittelpreise hungern
muß. In es doch jetzt schon in hohem Maße auf das Gunde-
stisch gekommen!

Die Krupp-Äffäre.

Die „Staatsrechtliche“ Presse trägt eifrig allerlei Einmände
gegen die öffentliche Verhandlung der Kruppaffäre zusammen;
man möchte möglichst verhindern, daß die laubenden Kräfte
dieser Weltfirma zur Kenntnis der breiten Öffentlichkeit ge-
langen, und schließt deshalb die bekannte „Erfahrung mili-
tärlicher Geheimnisse“ vor. So schreibt die agrarische Deutsche
Tageszeitung:

„Es wäre weiter nichts als eine unerhörte Pflichtverletzung,
wenn das Gericht sich aus Rücksicht auf Verdächtigungen dazu
verleihen ließe, durch zu große Ausdehnung der Öffentlichkeit
militärische Geheimnisse zu gefährden; und die Sicher-
heit des Reiches steht dem deutschen Volke doch noch erheblich
höher, als die Würde gewisser Bevölkerungsklassen, die aus
Inerkannt oder Bewußtlosigkeit an der Schwächung ihres
eigenen Vaterlandes arbeiten.“

Das Kind ist sehr „betrüblich“, aber Übergangszeit
das nicht. Entweder die Gesetzesverletzung wird ja da, daß sie
feinerlei Beweise zu beibringen hat, kann brandt sie auch die
Öffentlichkeit nicht zu scheuen — oder aber sie scheut die
Öffentlichkeit, und dann darf sie sich nicht wundern, wenn
allen möglichen Kombinationen für und gegen geöffnet werden.
Wenn übrigens so viel von militärischen Geheimnissen ge-
redet wird, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß eben-
falls das, was die Zeugnissen erfahren, nicht von solcher Trag-
weite ist, daß durch die Veröffentlichung dessen die militärische
Sicherheit Deutschlands gefährdet werden könnte.

Uebrigens wird die ganze Äffäre noch weitere Kreise ziehen.
Wie nämlich dem Berliner Tageblatt aus Eilen telegraphisch
wird, ist ein Ermittlungsverfahren gegen verschiedene Mit-
glieder des Direktoriums der Firma Krupp, insbesondere gegen
den Direktor Geheimrat Dr. Eugen von Krupp, Direktor Eccius
und Direktor Gang im Gange. Die Untersuchung wird von
Berliner Staatsanwaltschaft geführt. Die Ermittlungen
Verbindungen ihres Angeklagten Brandt mit den unterrichteten
gehen dahin, in wie weit die Direktoren mit den Zeugnissen
Kenntnis gehabt haben, und wie angenommen, daß sie ihm
die erforderlichen Mittel in Form von Repräsentations-
geldern beibringen haben. Brandt hat von Berlin aus in direk-
tem Verkehr mit der Direktion der Firma Krupp gestanden und
den Direktoren die regelmäßigen Berichte, die er von den Zeugnissen
erhielt, eingeleitet. Es kommen daher besonders nur
die Mitglieder des Kruppischen Direktoriums in Frage, mit
denen Brandt in direktem Verkehr stand, die ihm Anweisungen
erhielt und Befehle von ihm entgegengenommen haben. Es
wird demnach zu erwarten sein, daß die Direktoren, die die Be-
richte Brandts zu bearbeiten hatten, gerade nach dem Inhalt der
Berichte seinen Moment darüber im Zweifel sein konnten, daß
die in den Berichten gemachten Mitteilungen von Brandt nicht
auf legitime Wege erlangt sein konnten, oder es vielmehr un-
erlaubte Mittel zu ihrer Beschaffung angewendet hat.

Deutsches Reich.

— Der Brandt wackert über die Stillsitzung. An dem
Vernichtungsbericht erklärt das vorige Amtsantrag folgende
Entscheidung: „Es sind in letzter Zeit von Herrn Frau
Alma Wartenberg mit Mitgliedern verbundene Vor-
träge über Mittel zur Verhütung der Empfängnis
abgehalten worden, die aber aus Gründen der
öffentlichen Ordnung zu verbieten sind. Unter anderem
hat die Rednerin auch wiederholt Vorträge in öffentlichen
Versammlungen gehalten, die den Zweck hatten, die
Verhütungsmittel, welche die Rednerin in öffentlichen
Versammlungen sozialdemokratischer Vereine
zu Gehör gebracht.“

Die Polizeibehörden des Reiches ersuche ich, da-
für zu sorgen, daß öffentliche Vorträge der Genannten, welche
Zwecke haben, das öffentliche Leben zu gefährden und dadurch
das Leben und Sittlichkeitsgefühl verletzen, nicht gehalten
werden.“

Im übrigen nehme ich noch Veranlassung, darauf hinzu-
weisen, daß es sich bei den in Rede stehenden Vorträgen nicht
um „Versammlungen“ im Sinne des Vereinsgesetzes
handelt.“

Diese Verbotensmaßnahme erfolgte, obwohl im Breslauer
Bezirk auf dem Besondere wie auch auf dem Besondere
vor Breslauer Gerichten längst festgestellt ist, daß kein Un-
vorheriger oder sonstiger Polizeiverstoß vorliegt, daß die
Vorträge der Genannten Wartenberg, auch wenn sie in öffent-
lichen Versammlungen gehalten, zu verbieten. Ueberhaupt
gibt es keine Fälle, die gegen die öffentliche Ordnung zu
sein, die eine öffentliche Versammlung erfordern, die
die Verbotensmaßnahme nicht natürlich das Gegenteil von dem,
was sie bezweckt, zur Folge haben. Auch die Landbevölkerung
wird sich über die fernere Frage äußern; das befragen schon
zur Genüge die Junker und Agrarier mit ihrer Ausbeutung

Zehn Schreckensjahre!

Heinrich Treitschke, der überkonservative Verfechter des
Hohenzollernismus und der Verprechtung Deutschlands hat
ein berühmtes, in vielen Auflagen erschienenen Buch: „Zehn
Jahre deutscher Kämpfe“ geschrieben. Auch unsere Partei besitzt
ein Buch, das dieses Namens reichlich wert wäre und das ver-
dienen würde, daß ihm das deutsche Proletariat durch etliches
Jahre gleichfalls viele Auflagen bereite. Zehn Jahre
deutscher Kämpfe, zehn Jahre unermüdeten Kampfes, zehn
Jahre unermüdeten Kampfes, zehn Jahre unermüdeten Kampfes,
das Organ des Klassenkampfes und der Arbeiterbewegung
wieder verachtet und verfolgte Arbeiter schildert uns
„Zehn Jahre“ in seinem Buche „Nach zehn Jahren“,
Material und Quellen zur Geschichte des
Sozialistengesetzes.

„Zehn Jahre sind verfließen, seitdem dieses Buch zum ersten
Male erschien und längst hat die Exemplare dieses Werkes
überaus selten geworden, ein volgestrichenes Schatz für
Proletariat, ferner, trotz seines verfallenen Zustandes und
seiner kläglichen Ausstattung nur zu den höchsten Preisen bei
den Antiquaren zu erhalten. Döhrer Selbstverleumdung wurde
diesem Buche zuteil; von der letzten Generation der Arbeiter
kennt es kaum irgend jemand auch nur den Namen nach.“

Sein Verfasser, einer der herrlichsten Geister, auf die das
deutsche Proletariat stolz sein darf, hat den Jungmannschaft
ein Name, mit dem die nichts anfangen vermag, ja das
Sozialistengesetz ist, die Adolf Gedel erzählt, eine Zeit, die dem
Verständnisse der jüngeren Arbeiterpartei entstanden ist,
von der er nicht mehr weiß.

So ist es ein hoch ansehendes Verdienst, daß die wichti-
gen „Anlagen“ des „Zehn Jahre“ die genaue Darstellung der ersten
zehn Schreckensjahre des zwölf Jahre währenden Sozialisten-
gesetzes der deutschen Arbeiterpartei von neuem zugänglich ge-
macht wurde. In einem schmalen Bande von annähernd vier-
hundert Seiten, in multicolor typographischer Ausstattung
hat dieses wertvolle Werk nach 20 Jahren seine Aufrichtung
erhalten. Wie ein leuchtender Kompass hat sich das Buch
ausgedeutet, das uns ein lebendiges Bild der ersten
Anlagen auf die alle Holz sein dürfen, die sie durchlebt und in den
sozialdemokratischen Reihen mitgekämpft haben. Auch für die
Älteren in unseren Reihen ist das Auffrischen der Erinnerung
an jene große Zeit von höchster Bedeutung. Für die Jungen
aber wird eine durchaus neue Aufklärung über die schwersten
Zeiten der Arbeiterbewegung geschaffen, in denen tüchtig ge-
kämpft wurde die Grundsteine, auf der sich heute der stolze Bau
unserer Arbeiterbewegung erhebt. In jenen Jahren haben die
Lehrer der Arbeiterbewegung ihre Prüfungsergebnisse durchgemacht,
haben sie die langwierige Arbeit, die höchste Geduld und die
größte Energie erforderte, aber sie haben auch erfahren, zu
welcher Freudigkeit, wie erschöpfenden Opfermut sich die deutsche
Arbeiterpartei erheben kann, wie sie in geschlossenem Willen
mit ihrem größten Gegner, einem Bismarck, mit dem ge-
wissenlosigen Regenten der Polizeigewalt, einen Kämpfer
in dem unerschrockenen Antagonisten der Arbeiterpartei,
dem Staatsanwalt Lefebvre, fertig werden konnte. Bemerkenswert
wollte man die Partei, die Ende der 1870er Jahre
nicht über vierhunderttausend Stimmen zählte, nach

12 Jahren des Sozialistengesetzes aber in mehr als verdrei-
facht Stärke zur menschenreichen, beherausgarnierten, dem
schwarzen Feinde importierenden Partei geworden war.

Wie das alles wurde, das schildert uns Auer bei allem
Schrecken nach höchst möglicher Genauigkeit und mit hoher Liebe
für die Arbeiter, die sich in schwerer Zeit in die vorbereitete
Reihe stellten, aber auch mit allem Haß und aller Verachtung
für diejenigen, denen kein Mittel zu nichte war, um es gegen
die verachtete Sozialdemokratie anzuwenden. Wir werden von
Auer eingeleitet in die Geschichte der Verfolgungen unserer
Partei bis zum Jahre 1878, dann in die Zeit des Verbotes
dieses Gesetzes, als man inoffiziell den künstlich-ökonomischen
Söbel, den Nationalliberalen Kobling, die nach dem
Tode Wilhelms I. getradet hatten, als Sozialdemokratie
bezeichnete, um so das Material zu erhalten, damit der Reichs-
tag, das Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie herbeiführte,
Auer bemängeln, der die Zeiten mehr verlebte, hat bemerkt
sich von neuem die Wut über die Fülle von Gemeinheit, mit
der man in jenen Tagen gegen die Arbeiterbewegung vorging,
als man alle Sozialdemokraten ächten, brennen machen, dem
Staatsozialist überantworten mochte.

Der Gedanke die feindselige Arbeiterbewegung festge-
setzt, das erste Sozialistengesetz abgelehnt und der Reichs-
tag aufgelöst worden war. Ein zweites verächtliches Gesetz
wurde vom neuwählten Reichstage angenommen und sofort
in Kraft gesetzt. Alle Zeitungen, alle Proschriften wurden ver-
boten, alle Versuche neue zu schaffen, sofort unterdrückt, alle
politischen Organisationen, alle Gewerkschaften, mit verbotenen
Ausnahmen, viele Kranke, selbst Gesang- und
Unterhaltungsvereine wurden aufgelöst. Die Organisation
der Arbeiter war gesprengt, das Ende der Sozialdemokratie
 schien erreicht zu sein. Der weiße Schrecken regierte, ver-
schärft wurde er durch die Bekämpfung des kleinen Belegungs-
ausmaßes über Berlin, Hamburg-Altona, Frankfurt a. M.
und andere Städte; zu Hunderten wurden die führenden
Parteiangehörigen, fast ausnahmslos Familienväter, ausgewiesen.
So schien alles für die schwarzste Reaktion aufs beste bestellt
zu sein.

Was die Partei vor dem Sozialistengesetz war, was das
Sozialistengesetz aufstunde kam und was es wirkte, das schildert
er in der Regel die Tatsachen in Urkunden sprechen lassend
und doch uns höchste aufreißend. Nagas Auer in diesem
Buch. Schlimme Tage waren die ersten Monate unter der
Verhinderung des Sozialistengesetzes, es fehlte der Arbeiterbe-
wegung an der Organisation, Gewerkschaften trafen schwer
auf die harte Hand auf die Sozialdemokratie niederfallenden
Schläge, jedoch nur bereitete sich die Kampfesreife, die
freilich für kurze Zeit völlig zerstreut schien, aber sich
doch wieder zusammenzuschließen, als die sich ihres Er-
folges rühmenden Bemühen der Arbeiterbewegung für mög-
lich erachtet hatten.

Der kleine Belegungsaußbau hatte die leitenden
Männer der Arbeiterbewegung aus den großen Städten ver-
trieben, sie nach kleinen Orten gedrängt, wo die Sozial-
demokratie keine Anhänger und keine Vererber hatten. Da
wurde die Partei in kleinen Orten, die Arbeiterpartei in
tätiger Arbeit der Partei neue Ausgeborene, die profan-
tariischen Verlegungsstampsen. In Berlin begann der
Sozialdemokrat zu erscheinen, er kauf einen neuen
Zentralbüro für die Partei, eine neue Quelle der Auffrischung
nenen die Reichs- und Provinzial-Verbreitung und Ab-
haltung der Partei, das waren alle die höchsten Ergeb-
nisse des Sozialistengesetzes. Die Anwälte zeigten die
Sozialdemokraten in einer die Gegner erfüllenden Ge-
schlossenheit. Auf dem Kongreß auf dem Schloß

haben sammelte sich die Partei und hielt kraftvoll alle Be-
schlüsse, die Arbeiter sind anerschöpflicher Lager zu führen, zurück.
Nicht nur überwinden das Sozialistengesetz, und auch als man
dieser Feindschaft das Zunderholz Arbeiterverleumdung
anzüht, erweilen sich bereitwillig alle Arbeiter, den Bismarck
und Götter und aller bereit, die sich zu ihrem Dienste stellen.
Es kam die Wahl vom Jahre 1884, die die Kraft der Stimmen
und die der Abgeordneten unserer Partei so stark machte, wie
sie niemals vorher gewesen war. Dann ging es vorwärts
trotz des Terrorismus der bei Wahlbevölkerung von 1887,
trotz der Drangsal mit der Gesetzgebung, trotz des
Streitkräfte des Kufflamer, eine Nacht konnte den
Vorwärtsmarsch der sozialdemokratischen Armeen nennen,
alle Hindernisse wurden überwinden, Bismarck trat zurück,
das Sozialistengesetz blieb unumkehrlich Endes ...

Die ersten zehn Jahre, die schwersten und rühmlichsten
dieser zwölfjährigen Epoche, schildert uns Nagas Auer in dem
Buch, das loben, das loben, das loben, das loben, das loben,
anhalt und Sudbrüder mit einer frischen Einleitung, die
Widrigung Auer's durch Adolf Gedel herausgegeben wird.
Was da an Opfern gebracht wurde, was die Partei zu er-
tragen hatte, welche gewaltige Hemmnisse überwinden wurden,
das erfahren wir alles aus diesem historischen Werke der
Arbeiterpartei, das uns kennen der Wunsch jedes Partei-
genossen sein sollte.

Wenn der Referent das alte wohl bekannte Buch in der neuen
Fassung, der hohen Bedeutung des Werkes durchaus
würdigen Gehalt durchblättert, dann kann er sich einer ge-
wissen Witterung nicht enthalten, weil es die Gegner der
Arbeiter weit zu gut haben, da ihre Schwächen im Gedäch-
tnis des Proletariats viel zu wenig hatten. Wir können die
Bedeutung jener Zeit, die Wichtigkeit, sich ihrer zu erinnern,
nicht besser den Proletariats klar machen, als durch die Wieder-
gabe der letzten Absätze aus der Vorrede Auer's zu dem Buche:
„Die kämpfenden Scharen des Proletariats können aus den
Daten und Mitteilungen über die Entwicklung der sozial-
demokratischen Bewegung in den letzten zwölf Jahren triffen
wären, welche sich aus dem Buche, das loben, das loben, das loben,
anhalt und Sudbrüder mit einer frischen Einleitung, die
Widrigung Auer's durch Adolf Gedel herausgegeben wird.
Was da an Opfern gebracht wurde, was die Partei zu er-
tragen hatte, welche gewaltige Hemmnisse überwinden wurden,
das erfahren wir alles aus diesem historischen Werke der
Arbeiterpartei, das uns kennen der Wunsch jedes Partei-
genossen sein sollte.“

Wenn die Arbeiter, aber eben Götter sind ein
altes Buch, das loben, das loben, das loben, das loben,
anhalt und Sudbrüder mit einer frischen Einleitung, die
Widrigung Auer's durch Adolf Gedel herausgegeben wird.

*) Nagas Auer, nach zehn Jahren. Material und
Quellen zur Geschichte des Sozialistengesetzes. Mit einer Be-
ilage: Abschlußnummer des Sozialdemokraten vom 7. Septem-
ber 1880. Rürnberg, Verlag der Fränkischen Verlagsanstalt
und Buchdruckerei G. m. b. H., Reizig, gebunden 3 M.

und Lebensmittelpreiserhöhung; denn je mehr Stoffe eine Arbeiterfamilie zahlt, um so trauriger ist heute ihr Los.

Ein Wahltermin, der den Juniern nicht paßt. Die Ersatzwahl in Aquino-Fillialen für den verstorbenen Grafen ... angelegt worden. Dieser Wahltermin ist den Agrariern sehr unbequem. Die Arbeiter Zeitung weist nämlich darauf hin, daß zu diesem Zeitpunkt die Erntearbeiten noch in vollem Gange sind und daß man in diesem Falle wohl viele kleinere Grundbesitzer verortet hätte, die zu dieser Zeit auf dem Felde noch unentgeltlich sind, an der Ausübung des Wahlrechts zu hindern trachte.

Gebt der Kreis, was sehr leicht möglich ist, den Konserativen verloren, dann wird man wohl die Regierung dafür „verantwortlich“ machen, weil sie den Wahltermin nicht auf einen den Agrariern günstigen Zeitpunkt verlegt.

Eine Ersatzwahl zum württembergischen Landtag ist demnächst im Oberamt Weinstadt vorzunehmen. Der Zentrumsgewählte Heber, der den Bezirk seit 1901 vertrat, ist an den Folgen eines Anglistalles gestorben. Bis zum Jahre 1900 war der funktionell gemischte Bezirk Nottwil vollständig in den Landtag vertreten. Er gilt auch heute nicht als sicherer Zentrumssitz. Heber erhielt bei den letzten Wahlen nur 100 Stimmen mehr als der liberale und der sozialdemokratische Kandidat zusammen. Bei der eigenartigen Zusammenfassung des württembergischen Landtags, in dem bekanntlich die Rechte und die Kräfte genau gleichartig sind, wird der Kampf um dieses Mandat äußerst heftig werden.

Zur Reichstagswahl im Wahlkreis Dresden-Nord. Am Freitag abend wurde in einer hart beladenen Parteiverammlung im Dresden-Palast der Reichstagswahlkampf zum 1. August abgemittelt. Die Reichstagswahlkampfkommission des 4. sächsischen Reichstagswahlkreises angefertigt.

Frankreich.

Die dreijährige Dienstzeit angenommen. Die Deputiertenkammer hat am Sonnabend das gesamte Gesetz über die Wiederherstellung der dreijährigen Dienstzeit mit 388 gegen 204 Stimmen angenommen.

Durch Annahme des Zusatzantrages, wonach die Jahrgänge 1910, 1911 und 1912 nur zwei Jahre dienen, ist allerdings das Prinzip der dreijährigen Dienstzeit bereits wieder durchbrochen worden. Das darf als ein Erfolg der gegen die dreijährige Dienstzeit gerichteten Bewegung und des Kampfes der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion angesehen werden. — Die Leibe Kamerführung war noch sehr lebhaft. Zunächst wurde ein sozialistischer Antrag, der die Annahme der wegen der jüngsten Meutereien verurteilten Soldaten forderte, abgelehnt. Dann erklärte der Präsident der Armee-Kommission, Herrison, das Gesetz sei „kein Gesetz der Revolution“, sondern der „nationalen Verteidigung“, daß Frankreich die die beträchtlichen Mütterungen jenseits der Grenze aufgedrängt (1) worden sei.

Ein von dem Sozialisten Nouant beantragtes Amendement, durch das den wegen Ungehorsams gegen die Wiederherstellung der dreijährigen Dienstzeit verurteilten Militärpersonen eine Amnestie gewährt werden sollte, wurde mit 405 gegen 187 Stimmen abgelehnt. Caillaux gab im Namen der Radikalen eine längere Erklärung ab, in welcher er die im Laufe der Debatte gegen das Dreijähriges vorgeworfenen Kritiken wiederholte. Er bezeichnete das Gesetz als ein Streifen-Gesetz, das, voller Unklarheiten und Widersprüche, ein Werk der rückwärtigen Parteien sei. Barthou habe sich über die Stimmenzahl von 200 Republikaner hinweggesetzt. In heftiger Weise habe er auch die Finanzpolitik des Ministeriums. Der Export verlor im Namen der geeinigten Sozialisten einen heftigen Protest gegen das Dreijähriges und gegen die „pseudonationale Politik“ des Präsidenten Poincaré.

Die Ministerie, die sich gegen die Einführung der dreijährigen Dienstzeit ausdrückt, setzt sich zusammen aus drei Mitgliedern der demokratischen Fraktion, 20 Linksradikalen, 86 radikalen Sozialisten, 24 sozialistischen Republikanern, 71 geeinigten Sozialisten und einem unabhängigen. Zwölf Deputierte enthielten sich der Abstimmung.

Holland.

Die Gemeindevahlen. Die Sozialdemokratie hat auch bei den Gemeindevahlen glänzende Erfolge errungen. Ihre Stimmengahl stieg in manchen Orten noch beträchtlich über die bei den Parlamentswahlen erreichten Zahlen. Und der Mandatsgewinn wurde noch größer gewesen, hätten nicht die Wähler, die bei den Parlamentswahlen in den Stimmzählungen gescheitert für unsere Kandidaten stimmten, bei den Gemeindevahlen den Merkmalen vor uns den Vortzug gegeben. Sogar in manchen Orten, wo die liberalen Wählervereine die Parole für die Sozialdemokratie ausgegeben hatten, stimmten die Liberalen für die Merkmalen. Trotzdem stiegen unsere Mandate, z. B. in Utrecht von 3 auf 6, in Rotterdam von 3 auf 7, in Groningen von 4 auf 6, in Zandvoort von 7 auf 10, in Amsterdam von 12 auf 16. In letzterer Stadt haben wir jetzt 1/4 der Mandate inne, was aber noch keineswegs unserer Stimmengahl entspricht, die nahe an die Hälfte aller abgegebenen Stimmen veranlaßt. In Zandvoort, einer Hafenstadt von 90 000 Einwohnern, haben wir die Mehrheit im Gemeinderat erreicht, zum erstenmal in einer Stadtgemeinde. Angefamt sind 40 auscheidende sozialdemokratische Gemeindevorsteher wiedergewählt worden. Die Sozialdemokratie hat nur 3 Mandate verloren und 81 mehr hinzugewonnen. Dabei sind die Gemeindevahlen noch nicht ganz beendet; es haben z. B. in Schiedam, Delft und Haag die Stimmzählungen noch stattgefunden, teilweise mit sehr guten Aussichten für die Sozialdemokratie. Sie kann also auch mit dem Erfolg dieser Kämpfe sehr zufrieden sein.

Italien.

Ein italienischer Red. In Serbien hat Madonna ist der frühere Sekretär des Internationalen Baron Rodolfo della Rocca unter der Verhütung des Baron Rodolfo della Rocca worden. Die Polizei hat im Hofgarten des Schloßes Udine-Madonna Ricciastetten beschlagnahmt, die den Verhafteten schwer belasten. Die Wirtsperson zwischen dem Baron und der fremden Macht, für die er Spionagedienste leistete, war eine österreichische Dame.

Amerika.

Eine weiße Sozialistenbewegung hat sich in der „Patrioten“ in Seattle (Washington) veranlaßt. Eine Volksmenge marschierte, angeführt von der Sozialdemokratischen Marineoffiziere und Interoffizieren der hier liegenden pazifischen Flotten und Schiffe auf die rote Platte durch die Straßen und zerstörte im Industriegebiet Organisationen. Die Menge war offenbar durch eine Rede des Marineoffiziers gegen die Leute, die an die rote Platte gehen, „angezettelt“ worden. Die Ursache der heftigen Demonstration ist „ein Angriff auf drei Soldaten“, der Donnerstag nach einer Veranlassung der Arbeiter erfolgte. Infolge dieser Demonstrationen hat der Bürgermeister des Kommandos über die Polizei übernommen, die Wirtschaftlichen Maßnahmen in den Straßen unterlag und vorübergehend das Erscheinen der Zeitung Times verboten.

China.

Die revolutionären Wirren machen Yuanfuhai viel zu schaffen, und werden Ausgang der im Süden ausgedehnten Kämpfe nehmen wird, das läßt sich im Moment durchaus noch nicht übersehen. Die Stimmung des Kriegsministeriums in Peking soll „sehr zweifelhaft“ sein. Man hat begründete Hoffnung, die Aktion in drei Wochen fertig zu beenden (1) und das Land in weiteren drei Monaten zu beruhigen. Die Regierung ist entschlossen, rücksichtslos vorzugehen, um eine gründliche Teilung Chinas zu gewährleisten.

Die Meldung, daß die Regierung überall „siegreich“ sei, scheint nicht ganz zu stimmen, denn die Revolutionäre haben in Shanghai das Kessel in ihren Besitz gebracht. Der Generalgouverneur von Anwei hat eine Proklamation erlassen, in der er erklärt, eine Provinzialrat habe ihm zum Generalgouverneur und zum Oberbefehlshaber der Kruppen ernannt, die er gegen Yuanfuhai führen werde, da dieser mit seiner Handlungsweise die Republik ins Verderben bringe. Die Proklamation legt den Schutz des Eigentums in der Provinz zu und spricht die Trennung Kantons von der Zentralregierung aus. — Der Geschäftsbereich mit Kanton ist vollständig.

Die Friedensausichten.

Das Durcheinander auf dem Balkan ist von einer Klärung noch weit entfernt, und bis es zu einem endgültigen Friedensschlusse kommt, dürfte noch geraume Zeit vergehen. Immerhin aber ist insofern eine kleine Besserung eingetreten, als namentlich die ersten erfolgreichen Schritte zur gegenseitigen Verständigung und zu Friedensverhandlungen eingeleitet worden sind. Der frühere bulgarische Ministerpräsident Geshow scheint in Bulgaree wenigstens so viel erreicht zu haben, daß Rumänien seinen Vorschlag einzuwilligen zum Einklang bringen wird; auch die russische und französische Diplomatie soll in diesem Sinne auf die rumänische Regierung einzuwirken haben. Rumänien befreit gegenwärtig die Dinge auf dem Balkan vollständig; es wird auch im wesentlichen die Friedensbedingungen bestimmen. Und zwar scheint es sich nicht auf eine Verständigung mit Bulgarien beschränken zu wollen, sondern es will auch bei den Verhandlungen zwischen Bulgarien und Serbien ein gewichtiges Wort mitreden. Der Vertreter des Wiener K. K. Telegraphen-Bureaus erzählt aus unterrichteten, nicht amtlichen Kreisen, daß die bulgarische Regierung durch Vermittlung des italienischen Gesandten der rumänischen Regierung mitgeteilt habe, Bulgarien sei bereit, das Gebiet bis Turulfa — Dobritsch — Valtsch abzugeben, wenn Rumänien sein Recht zurückgibt. Die rumänische Regierung habe geantwortet, daß sie auf Einzelabmachungen nicht eingehe, und daß der Friedensschlus mit allen Kriegführenden zusammen erfolgen müsse. In diesem Zweck soll eine von Rumänien, Serbien und Griechenland zu beschickende Konferenz in Sinai stattfinden; über die Grundlagen der an Bulgarien zu stellenden Friedensbedingungen sei man sich bereits einig.

Auch die Diplomatie der europäischen Großstaaten „bemüht“ sich wieder einmal mit mehr oder weniger Erfolg um das baldige Zustandekommen des Friedensschlusses. Wie „von unterrichteter Seite“ mitgeteilt wird, bleibt auch Ausland bestrebt, im Einvernehmen mit Österreich und Italien in Bulgaree, Belgard und Athen maßgebend zu wirken.

Da man sowohl in Belgard wie in Athen und auch anderwärts weiß, daß jede einzelne Großmacht bei den Friedensverhandlungen immer nur ihre besonderen Interessen verfolgt werden die „Ermahnungen zur Mäßigung“ keinen großen Eindruck machen. Nicht einmal der armenigischen Türkei vermag der Wille des „geeinigten Europa“ zu imponieren. Die Partei begehrt der Aufforderung der Mächte, den Londoner Friedensvertrag zu respektieren und nicht über die Grenzlinie Enos-Ridja hinauszuweichen, mit allerlei Einwendungen. Sie hat durch ihre Vertreter den Mächten mitteilen lassen, „sie seien sich genötigt, die Linie Maritsa-Adrianopel zu besetzen, eine Maßnahme, die für die Sicherheit Konstantinopels notwendig sei. Weiter heißt es, die Türkei könne die bulgarischen Grenzmaßregeln gegen die Mollanemeden nicht gleichgültig hinnehmen. Schließlich führe die Note aus, da der Wallanbund, mit dem der Präliminarvertrag geschlossen sei, nicht mehr existiere, sei das Londoner Protokoll auch nicht mehr gültig. Die Türkei behalte sich daher volle Aktionsfreiheit für die Zukunft vor.

Die Sache steht einfach so, daß die Regierung in Konstantinopel nicht mehr gegen die Beeinträchtigung aufkommen vermag, die angeblich den Wollanbund auf der Linie Maritsa-Adrianopel an sich aber man werden soll, wenn die türkischen Truppen wieder von Adrianopel weichen, das mögen zuerst die Diplomaten selbst noch nicht wissen. Jedenfalls aber zeigen sich hier bereits wieder alterhand neue Verwicklungen an.

Dem Frieden näher.

Wien, 20. Juli. Aus Bulgaree wird der Neuen Freien Presse gemeldet, daß man dort die Lage als gebessert ansehe. Bulgarien scheine endlich seine verzweifelte Lage einzusehen und zum Frieden bereit zu sein. Es sei begründete Hoffnung vorhanden, daß die Friedenspräliminarien noch in dieser Woche abgeschlossen würden. Rumänien erhält Turulfa, Dobritsch und Valtsch unter Annahme einer vom rumänischen Generalstab ausgearbeiteten Grenzlinie. Rumänien wird auch an der für den definitiven Frieden stattfindenden Konferenz teilnehmen und dahin wirken, daß ihm das Uebergewicht auf dem Balkan verbleibe.

Stillschanden des rumänischen Vormarsches.

Sofia, 20. Juli. Die Rumänen, die gestern Barua besetzt haben, ohne Widerstand zu finden, haben infolge einer Order aus Bulgaree ihre Forderungen wieder eingezogen und sind von Barua nach Valtsch zurückgezogen. Diese offiziell gemeldete Tatsache wird hier mit einer günstigeren Entwicklung der diplomatischen Verhandlungen in Bulgaree in Verbindung gebracht.

Die neue Regierung.

Sofia, 20. Juli. Das Kabinett, das durch Konzentration der drei liberalen Parteien gebildet worden ist, zeigt folgende Zusammensetzung: Rabotansow Präsidium und Inneres, Ghenebiow Außenres und interimistisch Aderbau, Zschewtsch Finanzes, Schewtsch Justiz und interimistisch Unter-

richt, General Bafow Krieg, Bafow Handel, Dimitrow Öffentliche Arbeiten, Morphow Eisenbahnen.

Bulgarien vor der Revolution?

Mailand, 20. Juli. Eine von Belgard hier eingetroffene bulgarische Persönlichkeit behauptet, daß Sofia vollständig in den Händen der Militärpartei ist. Alle Wähler, mit Ausnahme der offiziellen, sind unterdrückt. Die Verbindung mit dem Auslande ist abgeschnitten. Überall herrscht völlige Anarchie; Bulgarien steht vor der Revolution.

Der Kriegsschauplatz.

Saloniki, 20. Juli. Die gegenwärtige Situation der griechischen, serbischen und bulgarischen Armeen deutet auf eine fortwährende allgemeine Schlacht hin. Der Schwerpunkt liegt im gegenwärtigen Augenblick im Tale von Kefino, wo die Bulgaren sich verschanzt haben. Der rechte Flügel der griechischen Armee ist in einem Umgehungsmanöver bei Kourtsop begriffen, um den Feind im Rücken anzugreifen. Das Zentrum und der linke Flügel drängen den Strumafluß entlang nach vorwärts und werden verjungen, die Bulgaren zwischen zwei Feuern zu nehmen. Es ist ja schon ausgepackt, aber die Bulgaren werden sich nicht so leicht in eine Falle locken lassen. Das geeignete Terrain erfordert dort eine andere Taktik als die bisher angewandte. Die Griechen sind bedrängt, die Serben und Wege wieder herzustellen. Trotzdem ist es sehr schwierig, das Transportproblem zu lösen.

Belgrad, 20. Juli. (Meldung des serbischen Pressbureaus.) Der gestrige Tag ging ohne Klänge von größerer Bedeutung vorüber. Gegen 1 Uhr früh verließ der Feind auf dem rechten Ufer der Tschina bei Piro unter Grenzlinien angriffen, wurde aber energisch zurückgewiesen. Bei St. Nicola drangen unsere Truppen auf bulgarisches Gebiet vor und kamen bis Tschipren. Der Feind zog sich nach Belograditsch und nach Ferdinandow zurück. Auf Befehl der Bulgaren müßten alle Bewohner der Gegend ihr Land verlassen. Beim Mirkow hielten die Bulgaren einige kleine, alte Häuser in Brand. Bei Gori Palanka griff der Feind gegen 3 Uhr früh an, wurde aber schnell und energisch zurückgewiesen. Am oberen Begalinia und in der Richtung auf Jarovo Selo griffen unsere Truppen erfolgreich an. Der Feind verlor mit einer ganzen Division einen Gegenangriff von der Grenze aus, wurde aber energisch zurückgewiesen.

Die Nordbrennereten.

Die Bulgaren.

Konstantinopel, 20. Juli. Die Bulgaren brachten in dem Gebiete von Skofia das Vieh herbei, über 60 Dörfer nieder und plünderten alle Wälder.

Saloniki, 20. Juli. Meldung der Agence d'Albanes. Gestern fand in der von den Bulgaren zerstörten Stadt Serres eine Kundgebung der Bevölkerung gegen die bulgarischen Grausamkeiten statt. Nachdem griechische, muslimische und israelitische Redner gesprochen hatten, gelangte eine Resolution zur Annahme, in der im Namen von 20 000 Menschen, die ohne Obdach, Nahrung und Kleidung zurückgelassen seien, angelehnt der noch rauchenden Trümmer der Stadt der tiefen Enttäuschung über den Banditismus der bulgarischen Armee Ausdruck gegeben wird, auf den die Bulweramt der gestellten Welt gelenkt werden müsse. Es möge eine internationale Kommission gebildet werden, die die Ausdehnung der Untaten an Ort und Stelle konstatieren könne.

Die Serben.

Berlin, 20. Juli. Die bulgarische Gesandtschaft in Berlin hat folgende amtlichen Depeschen aus Sofia bekommen: 1. Alle bulgarischen Dörfer in der Umgebung von Tirmid, jenseits des Bardar, sind am 20. Juli von den Serben, Paschibogus und Komaten verbrannt worden. Die Wälder sind von den Serben entführt, viele davon getötet worden. Die übrige Bevölkerung ist geflohen. Die Städtchen Komadabi und Negotin sind am 7. und 8. Juli niedergebrannt worden. Ein Teil der Bevölkerung ist getötet, der andere nach Bulgarien geflohen.

Die Türken.

Der Kommandant von Debagatsch meldet, daß die bulgarischen Dörfer in der Umgebung von Apalata von den Türken verbrannt worden sind. Nach Berichten ist die bulgarische Bevölkerung des Dorfes Boulgatsch bei Skofia getötet worden.

PUCK
DIE NEUE QUALITÄT
3
CIGARETTE
GEORG A. JASPARTI & CO. DRESDEN
GRÖSSTE BUNDESWEISE QUALITÄTSGARANTIE

welche zarte, weiße Haut u. blendend schönen Teint erlangen u. erhalten will, wäscht sich nur mit allein echten

Eine Steckenpferd- Seife

die beste Lilienmilchseife von Bergmann & Co., Radobul, 4 Stück 50 Pfg. überall zu haben. Ferner nach Cream „Dada“ rote u. gelbe Haut weiß und sanfter. Tube 50 Pfg.

Alkohol und Militärbehörden.

Ans Anlaß des furchtbaren Erfurter Zuschauersurteils gegen 7 Landwehrlente ist außer der Forderung, daß die ungebührlich hohen Mindestmaßes des Militärstrafgesetzbuches die sog. "Ausrücker", "Wentler", "Saufmanntrotter", "Aufhoelger" herabgesetzt werden müssen, auch die Forderung auf Beseitigung der Reform des § 49 Abs. 2 des Militärstrafgesetzbuches zu erheben. Dieser Paragraph lautet:

„Bei straflosen Handlungen gegen die Pflichten der militärischen Unterordnung sowie bei allen in Ausübung des Dienstes begangenen strafbaren Handlungen bildet die selbstverschuldete Trunkenheit des Täters keinen Strafmilderungsgrund.“

Auch diese Bestimmung trägt Schuld daran, daß die Militärgerichtsverfahren von Soldaten, die in Kaufe begangen sind, mit mildernden Strafen zu belegen sich genügt haben. Diese Bestimmung ist von jeder von einsichtigen Politikern und Juristen bekämpft worden und ist völlig unrichtig.

Die gesamte Psychiatrie weiß heuteutage, daß jede Trunkenheit nichts anderes ist als eine akute Geistesstörung. Nur die „Wissenschaft“ der medizinischen und juristischen Akademiker im Offiziersrat kümmert sich um diese Erklärung nicht.

Im April 1906 hielt der Berliner Zentralverband zur Beseitigung des Alkoholismus einen wissenschaftlichen Kongress ab. Damals sprach unter anderem der Psychiater Dr. Juliusburger über „Alkohol und Strafrecht“. Er führte aus:

„Das alkoholische Vergehen ist der antizipale Ausdruck einer akuten oder chronischen Geisteskrankung; daraus folgt, daß man den alkoholischen Lebeltäter ebenso wenig wie den verbrecherrischen Geisteskranken bestrafen darf. Man kann nicht dagegen geltend machen, daß das Individuum deswegen zu bestrafen sei, weil es sich in trunkenem Zustand in eine unglückliche Lage begeben hat. Denn die Fälle sind vereinzelt, in denen ein sonst nicht alkoholisiertes Individuum absichtlich trinkt, um ein vorher genau geplantes Verbrechen zu begehen. Die antizipale Willensrichtung und der verbrecherrische Gedanke entstehen entweder erst im alkoholisierten Zustand oder genieren sich in ihm ohne aktiv berufenes Zutun des Individuums zur Umwandlung seiner Persönlichkeit, durch Wegfall von physischen Hemmungen, durch beschleunigte Auslösung und Hebung von Bewegungen eines wirkungsvollen Wackelganges.“

Der Königsberger Nervenarzt Dr. Hugo Doppe sagt in seinem Buche: „Alkohol und Kriminalität in allen ihren Beziehungen“:

„... Sein Mensch ist sicher ob er nicht im Rausch einmal ein Verbrechen begeht, dessen er in mäßigem Zustande nie fähig gewesen wäre.“

„... Geradezu barbarisch erscheinen besonders die Strafen, welche die Kaufschleichen von Soldaten nach dem Militärstrafgesetzbuch verhängt werden.“ Wenn z. B. Soldaten sich im Rausch gegen ihre Vorgesetzten auflehnen, wobei es ihnen gar nicht zum Bewußtsein kommt, was sie tun, sie hinterher auch meist keine oder nur eine dunkle Erinnerung daran haben, oder wenn es der Kontrollverfammlungen unter der Einwirkung der dabei unmaßelichen Trunkschmelze zu Ausschreitungen der Landwehrleute kommt, so erfolgen gewöhnlich außerordentlich harte Verurteilungen. Daß die Leute trinken und sich betrinken, das läßt man zu und findet nichts Besonderes dabei. Aber wenn sie sich im Trunke zu Ausschreitungen hinreißeln lassen, obgleich jedermann weiß, daß der Rausch die härteste Feindschaft, Ausschreitungen hervorruft, dann müssen die armen Leute, die zufällig das Unglück trifft, ihren Rausch manchmal mit mehreren Jahren Gefängnis oder Zuchthaus büßen.“

Auf dem 11. internationalen Kongress gegen den Alkoholismus sprach Prof. A. Schaffenburg über Alkohol und Zurechnungsfähigkeit. Wir zitieren aus diesem Vortrage:

„... Um zu einem einmündigen Urteil zu kommen, müssen wir ... uns fragen: Wie würden wir die strafbare Handlung eines Angeklagten beurteilen, der in seinem Zustand nicht durch Alkohol, sondern durch ein anderes Gift (etwa Atropin, Gallyschin etc.) geraten wäre? Wir würden ihn zweifellos für unzurechnungsfähig erklären.“

So ergibt sich aus diesen allgemeinen medizinischen Grundsätzen die Notwendigkeit, jenen verbrecherrischen § 49 Abs. 2 des Militärstrafgesetzbuches endlich zu beseitigen.

Erstere aber weiß unser Parteigenosse Ag. Dabidsohn mit Recht im Abszinenten Arbeiter darauf hin, daß die Militärbehörden selbst am allerersten Anlaß haben, sich hinsichtlich gegen Soldaten aufzusprechen, die sich dem Alkoholkauf haben überlassen lassen. Wer kann einem Finger rührt, dem Alkoholismus im Volke und im Heere einzudämmen, dem steht es über an, bei derartigen Ereignissen Zeter und Mordio zu schreien.

Erst kürzlich brachte der Kunstwart eine Abhandlung über Kontrollverfammlungen und Alkoholverbot. Da hier es:

„... Der Platz vor dem Versammlungstisch war mit Tischen und Bänken gut besetzt, dahinter saßen Kellnerinnen hin und her, um den Neumitgliedern der angestregten Kontrollmannschaften mit schäumenden Mägen zu läschen.“

Was nachher geschah, sah ich etwas anders als aus deutsche Disziplin. Ohne die mindeste Scheu vor dem nahen Vorgesetzten, der jedoch noch vor dem Alkoholismus gewarnt hätte, nach der unglücklichen trunkenen Prüßensoldaten, die dem Großteil der Leute fortgesetzt, und zwar keineswegs aus einer Art von bürgerlicher Opposition, sondern etwa in dem Gedanken, ein Käuferlein nach der Kontrollverfammlungen sei ein gutes überlieferetes Recht. Der Sermon des Herrn Majors — Gott ja, das wird immer wiederholt, weil's eben im Dienstreglement so steht. Also Prost Brüderchen, und noch einmal! So denkt der deutsche Erbschaftsbesitzer und Landbesitzer, und danach tut er. Richtig sind die Tage der Kontrollverfammlungen für die arbeitenden Dundertausende Anlässe zum Wankmachen geworden. Und wenn dabei nicht noch viel mehr zu „davieren“ scheint, so ist das wohl aus dem Umstände zu denken, daß die Vorgesetzten an solchen Tagen lieber beide Augen zudrücken als eins.

Der Leser, der mit den deutschen Heeresverrichtungen nicht vertraut ist, fragt: wie das möglich sei, daß die Leute sich in den Kasernen und auf ihren Böden zu Gelagen zusammensetzen. Laie, dem schlichter Verband sieht als selbstverständlich an, daß eine so wichtige militärische Angelegenheit wie die Kontrolle der Reserve- und Landwehrmannschaft in den Ge-

läubern vorgenommen werde, die der Staat für militärische Zwecke errichtet hat. Aber das unerschöpflich bis das gute, rüchlichnehmende Herz der Militärbehörden, die weiß gemütlere Verammlungsstätten: Schlafstätten, Schützenhäuser, überhaupt Kneipen, die neben zureichendem Saalbau zureichenden Bierauskants und Schnapsbetrieb angubieren haben.

Warum ist dem so? Wenn man für Kontrollverfammlungsstage die Kasernen nicht nehmen mag, warum nicht die Turnsäle, Sportplätze usw.? Will die Militärbehörde als Volkserzieherin außer in der Wahl der Räume etwas gegen den Alkohol tun, so mag sie den Anlaß der Kontrollverfammlungsstage die Kasernen nicht über die Wirkungen des Alkohols mit Wort und Schrift zu rühmlich er aufzuklären als durch eine selten ernst genommene Aufzucht.

Unsigenen Erlebnissen führt Genosse Dabidsohn folgendes aus:

Am 2. Juni 1913 habe ich mir eine Superreife, wie man's früher nannte, angesehen. In Charlottenburg bei Berlin, also an einem Orte, dem es gewiß nicht an alkoholfreier geführter öffentlicher Verammlungsstätten und -plätzen mangelt. Aber die Mütierung fand in einer großen Gastwirtschaft statt: Berliner- und Bauhofstraßen-Ecke im Kaiser-Friedrich-Zelt. Nichts desto, wie er nun mal zu sein pflegt, der Herr Militarismus, hatte er sämtliche 410 Militärpflichtigen zu 8 Uhr morgens in die große Kneipe bestellt. Und er entließ die jungen Leute nicht, ehe er eine, nachdem sie aufgerufen und unterführt worden. Kein Gebank! Bis um 1 1/2 Uhr mußten sie alle beisammenbleiben, und dann erst bequeme man sich, daß die Käse auszugeben. ... Ein paar Tage danach das gleiche Schauspiel im gleichen Saal und nach mehr Kontrollpflichtige zur Stelle!

Ich weiß nicht, ob Absicht oder Bewußtheit vorliegt, aber objektive Tatsache ist jedenfalls, daß eine derartige Handlungsweise eine ganz außerordentliche Begünstigung des betreffenden Soldaten darstellt, bei dem man ein halbes Tausend Jünglinge viele Stunden lang hoden und saufen läßt!

Wer glaubt nach alledem wirklich noch an das Wären, so er der selbstverschuldeten Trunkenheit? Wer mag es, den Steing zu heben, gegen die Erfurter Opfer?

Wenn die Reform des Militärstrafgesetzbuches eingelegt wird, so muß neben vielen anderen unbilligen Bestimmungen auch der Paragraph von der selbstverschuldeten Trunkenheit, die niemals als Milderungsgrund gelten soll, beseitigt werden.

Aus der Partei.

Der elsäß-lothringische Parteitag.

In dem kleinen Bogenfeldischen Städtchen tagte Samstag und Sonntag der diesjährige Parteitag der Elsäß-Lothringischer Sozialdemokratie. Während es vor einigen Jahren noch zu den Unmöglichkeit gehörte, in dieser herlichen Stadt sozialdemokratische Parteitage stattfinden zu lassen, ist es dank der rühmlichen Tätigkeit unserer Genossen, im vorigen Jahre zwei Gemeinderäte zu erobern und im Gemeinderat durchzusetzen, daß der Härtliche Saal dem Parteitag zur Verfügung gestellt wurde. Am ersten Sitzungabend erlatte der Parteivorstand Substanz und der Redner Schmidt den Bericht des Vorstandes. Jährlichmäßig lie, lautete der Bericht, die Mitgliederzahl um 200 zurückgegangen. In Wirklichkeit handelte es sich nicht um einen Rückgang der Mitglieder. Die Zahlen reflektieren aus einem strengen Abrechnungsmodus. Daß die Partei Fortschritte gemacht hat, geht schon aus dem Zuwachs, den die beiden Parteiblätter erhalten haben, hervor, und außerdem aus den Gemeinderatsnachsagen, die allein 20 neue Siege gebracht haben. Daß es vorwärts geht in Elsäß-Lothringen, zeigt auch die Abrechnung, die mit Berlin statgefunden hat. Den alljährlich wiederkehrenden Wünschen aus den französisch sprechenden Sprachgebieten werde in kommender Zeit mehr Rechnung getragen werden. Den Bericht der Kontrollkommission erlatte Genosse Menard. Dergewichtige wesentlichen Verbesserungen lagen nicht vor. Die Disziplin erlatte ich handlungslos auf die Ableberung der Mitgliedsbeiträge an den Landesvorstand, Schaffung von neuen Parteifunktionären und über Agitation zu den nächstjährigen Gemeinderatswahlen. Vom Genossen Müller (Parteivorstand) wurde hervorgehoben, daß der Parteivorstand dem Wünsche, in französischen Städten müsse ein französisches Wochenblatt erscheinen, nicht nachgeben solle, weil mit den Bodenblättern bisher nirgends Erfolge erzielt worden sind. Vor Berlin aus werde dem Parteileben Elsäß-Lothringens die größte Aufmerksamkeit geschenkt und aus fernhin Unterstützung gegeben. In der Abrechnung wurde der Antrag des Landesvorstandes, die Delegationskosten zum Landesparteitag für die Delegierten der Wahlkreise, der Mitglieder des Landesvorstandes und der Kontrollkommission übernimmt in Zukunft die Landesliste, angenommen. Ferner wurde beschlossen, vom Mitgliedsbeitrag wird in Zukunft an die Landesliste 40 Prozent, d. h. 12 Pf. pro Mitglied, abgeführt, für die weiblichen Mitglieder 6 Pf. Weiter fand ein Antrag Kolmar auf Errichtung eines Parteisekretariats in Kolmar Annahme. Ferner noch ein Antrag auf Einberufung einer Kommission, die die Vorarbeiten zu einer Agitation in den französisch sprechenden Sprachgebieten machen soll.

Personalien. Genosse Dr. Leisch scheidet mit Ende dieses Monats aus der Redaktion der Leipziger Volkszeitung, er wird seinen Wohnsitz seines parlamentarischen Mandats wegen nach Berlin verlegen. Vor elf Jahren trat Genosse Leisch in die Redaktion der Leipziger Volkszeitung ein und seit 1908 hat er die Leitung des Blattes innegehabt.

Parteiliteratur.

Klassenkampf von Erich Kuttner. Preis 1 Mark. Verlag Buchhandlung Neumann, Neudamm. Klassenkampf. Ein furchtbares Wort, das in einem Rechtsstaat unbekannt sein sollte. — Die Verteidiger unseres Klassenstaates wissen dies auch und suchen daher neben einem Volkeid auf unsern Nichtstand, der angeblich über alle Vermürbe der Parteiliteratur erhaben sei, den Nachweis zu erbringen, daß wir in einem Rechtsstaate leben. Das Versehen einer Klassenjustiz, d. h. einer Justiz, die aus den Klassenurteilen der den befehdenden Klassen angehörigen Richter heraus Urteile fällt, die mit dem Rechtsempfinden der überrogen Mehrheit des Volkes im-

schroffen Widerspruch steht, wird energisch bestritten, obwohl die Geschichte immer neu u. u. Beispiele für diese Tatsache erbringt. Diese Beweise hat der Verfasser der obigen Schrift durch die Gegenüberstellung einer Reihe von Gerichtsurteilen überzeugend dargestellt. — Leider konnte es aus den unzähligen Urteilen nur verhältnismäßig wenige sein. — Sie genügen aber, um dem Verfasser zuzustimmen, der in der Einleitung sagt: „Recht und Gerechtigkeit, so verwandt beide auch klingen, sind zwei Begriffe, die sich im heutigen Staate durchaus nicht miteinander decken.“ — D. h. also: sage mir, welcher Klasse du angehörst, und ich will dir sagen, welches Maß von Recht dir zusteht. —

Gewerkschaftliches.

Verstarbeiterstreik und Arbeitswilligenschaft.

Daß der Verstarbeiterstreik an sich als besonders zugkräftiges Beweismittel für den ad so notwendigen gezielten Arbeitswilligenschaft würde dienen müssen, hätte gewiß sein aus nur mittelmäßig vernünftiger Mensch abnen können. Nicht etwa weil die eifrigen Schmeißler der Schmarbdruckpresse angelegte Arbeitswilligkeitsfragen entdeckt werden konnten, sondern weil überhaupt gefreit wird, deshalb soll der gesellschaftliche Arbeitswilligkeitsfrage notwendig sein. Diese Ausgurt eines Schmarbdruckers produziert sich in Schweinburg Berliner Schiffs Nachrichten Nr. 164 vom 18. Juli u. a. wie folgt:

„Wenn jemals eine Streikbewegung die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Arbeitswilligkeitsgesetzes bezeugt hat, so der Ausstand der Hamburger Verstarbeiter, von dem die Arbeiter, die an ihm beteiligt sind, selbst nicht wissen, wie weit er mit dem Streik in der Arbeiterbewegung. Es ist beinahe die Regel, daß Streikende und Streikentscheidungen von außen her in die Arbeiterwelt hineingetragen werden, und in den weitaus meisten Fällen sind es fremde Elemente, verhältnismäßig Kapitalisten, die das Geschäft betreiben, so geschäftig und gründlich, daß der völlig einseitig informierten Arbeiter jedes Augenblicks die Gefahr des Streikfalles verliert, und in der Beurteilung seines Arbeitgeber sehr bald dahin kommt, wohin ihn der Deber haben will, zu der Auffassung nämlich, daß der Arbeitgeber rechtlos sein müsse, damit ihm, dem Arbeitnehmer, alle Rechte zugesprochen und anerkannt werden können. Es darf geteilt werden, daß diese Zustände von Arbeitern aus Brot und Lohn gebracht, daß außer wertvolle Interessen der deutschen Volkswirtschaft durch Beinträchtigung des Schiffsverkehrs und des Schiffshauses schwer geschädigt werden, weil es irgendeinem Ausfrieren oder Nachschiffen zu gefüllt. Bist darin Sinn und Verstand? In ein derartiger Zustand eines Nichtstaus würdig? Wer entscheidet die 2000 Arbeiter, die notgedrungen feiern müssen, und ihre Angehörigen für den entgangenen Verdienst und für die kommenden Entbehrungen und Leiden? Wenn die Verstarbeiter wirklich auf die Interessen der Arbeiter bedacht sind, fordern anordnen und, falls nicht Folge geleistet würde, ihr Amt niederlegen müssen. Das ist aber nicht geteilt, wahrlich, weil die Führer wissen, daß sie mit solcher Forderung doch nicht durchdringen würden. Wenn Arbeiter sind, dann muß eben eine härtere Maß eingreifen, die Maß des Gesetzes, (1) das eine Ausstandsbestimmung, von deren Urtahen die zunächst Beteiligten wissen und für die niemand die Verantwortung übernehmen will, die Berechtigung abspricht, und damit den Arbeitswilligen die Mittel zu der ohne Heberzeugung, ohne eigenen Willen, nur auf die von einem Unheimlichen ausgehende Lösung hin verlassenen Arbeitskräfte ermöglichen. Solcher Härte sollte der Arbeiter unter allen Umständen gewärtig sein dürfen, wenn, wie in dem Streik der Hamburger Verstarbeiter, über seinen Kopf hinweg von gewissenlosen Arbeitern die sich zu ihrer Zeit nicht zu bekennen mochten, ein Kampf entfesselt wird, der unbedenklich die wirtschaftliche Existenz und Zukunft vieler Tausende aus Spiel setzt.“

Den Schmarbdruckern muß alles zum besten dienen! Ob die Organisationsleitung den Streik vorbereitet, ob die Arbeiter ihn ohne Zustimmung des Vorstandes beginnen, ob die Sinesbruder Standa! provozieren, ob die Streikenden sich müßig, heißt ruhig verhalten: „die Macht des Gesetzes muß eingreifen!“ Der Streik müßte überhaupt gefreil „verbotten“ werden. Nur die Ausprägung ist erlaubt, oder vielmehr durch die Macht des Gesetzes gar noch zu unterdrücken. Wie denn, wenn ein Unternehmensverband, trotz Schiedsgerichtsstand und Anerkennung dessen durch die Unternehmensorganisation dennoch die Arbeiter aussperrt? Wo blüht da unter Schmarbdruckern mit dem Ruf nach der „härteren Maß“ des Gesetzes? Sei den jüngsten Tarifabschlüssen ist das vielfach vorgekommen, besonders im Mäteregebiet. Die Zentralverbände der Unternehmer haben, dem Wunsch des Schmarbdruckers gemäß, die Forderung der Schiedsgerichtsstände „angeordnet“, ohne daß diesem militärischen Wehlei eben Folge geleistet worden ist. Wenn erst hinter jedem unbedingten Unternehmer oder Streikenden ein Polizist gestellt werden kann, könnte dieser Schmarbdruckernschaft auf leichtere Erfüllung rechnen.

Somit zeigen die sonstigen Mitteilungen dieses politischen Nachmarkts nicht zu fremd das Gegenteil der Wirklichkeit. Wenn jemals ein Streik aus der eigenen Initiative der Arbeiter geboren wurde, so dieser Verstarbeiterstreik. Die Unzufriedenheit unter den Arbeitern wegen der saumseligen Haltung der Verstarbeiter war eben so groß, daß sie über die Köpfe der Verbandsleitung hinweg zum Streik griffen. Nicht „aufstehende Deber“ haben den Streikenden hineingetragen, sondern er wurde geboren in der Klasse der Arbeiter.

Schmarbdruckergeschäfte sind also bei diesem Streik nicht zu machen und der verbrecherrische Schmarbdruckerei wird sich damit abfinden müssen, daß die Arbeiter sich das Recht des Streiks niemals nehmen lassen werden!

Der Verstarbeiterstreik in Stettin.

darf vom Montag ab an allgemeiner werden. Verstarbeiter-Vertrauensmänner beschlossen einmündig, daß die Arbeitswilligkeitsfrage am Montag um 9 Uhr ab erfolgen soll. Die Verstarbeiter beschlossen am Sonntag nachmittag in vier überfüllten Versammlungen, entsprechend den Beschlüssen der Vertrauensmannschaft, mit 6701 gegen 118 Stimmen den Streik. Die Zentralverbände hatten Anweisung gegeben, mit einem solchen Beschluß noch zu warten, bis sie sich über die Unterjünglingsfrage schlüssig gemacht haben und das Ergebnis-

Letzte Nachrichten.

Beginn des Friedensverhandlungen.

Belgrad, 21. Juli. Gestern abend trafen die bulgarischen Friedensdelegierten, die Generale Paprowitz und Quanzhewski, in Sofia ein, um mit den Delegierten sämtlicher Verbündeten unermüdetlich in direkte Friedensunterhandlungen einzutreten.

Die Türkei „rechtfertig“ ist.

Konstantinopel, 21. Juli. Die Pforte richtete an die Vorkommande folgende Zirkularnote: Trotz des von Bulgarien an den Tag gelegten Eifers, den Präliminarfrieden zu unterzeichnen, weigert sich Bulgarien, Gebiete zu räumen, die die Türkei zurückverlangen muß. Bulgarien kann dem zweifellos in der Absicht, sich eine solche Grenze zu sichern, welche der irigen Interpretation entspricht, welche Bulgarien der Bestimmung der Linie Midia-Enos geben will. Erst als die türkische Regierung des Wartens müde wird, ihre Armeestraße, diese Gebiete wieder zu besetzen, beschloß die bulgarische Regierung, die Truppen zurückzuführen. Abererweitert bestand die Pforte — um die Möglichkeit zu haben, die Hauptstadt zu sichern — darauf, jeden Beweis zu erbringen, daß nur durch eine nach Norden längs der Mariza gehende Linie, die ihren Ausgangspunkt in Enos nimmt, die Grenze gebildet werden könne. . . . Die Türkei hätte es genügt vorgezogen, diese Fragen mit Bulgarien auf diplomatischem Wege zu regeln. Dieser hinderen die von Bulgarien in den besetzten Gebieten mit unerschöpflicher Barbarei und Banditismus verübten Gräuelt, welche ihre Verbündeten mit derselben Empörung feststellen konnten wie die türkischen, die Türkei an der diplomatischen Lösung. Die Erfahrung bewies, daß alle mit Bulgarien begonnene Verhandlungen dazu verurteilt waren, endlos in die Länge gezogen zu werden. Unter diesen Umständen sieht die Pforte sich gezwungen, die fragliche Grenze schon jetzt zu besetzen, indem sie sich verpflichtet, im Einvernehmen mit den Mächten das fünftägige Geschick Bulgariens festzustellen. Die Pforte fügt hinzu, daß sie in dem Wunsch, die Entscheidung der Mächte zu achten und mit Bulgarien normale Beziehungen herzustellen, die genannte Straße als endgültige Grenze ansieht, indem sie sich verpflichtet, sie unter keinem Vorwand zu überschreiten. . . .

Griechisch-bulgarische Kämpfe.

Athen, 21. Juli. Meldung der Agence d'Athènes. Die Kämpfe wurden gestern auf der ganzen Linie mit dem allgemeinen Vormarsch der griechischen Truppen fortgesetzt. Der äußerste rechte Flügel stand im Tale von Makomina. — Nach dem neuesten Flugplan beträgt die Zahl der erbeuteten Kanonen 21. Außerdem erbeuteten die griechischen Truppen vier Kruppgeschütze nach heftigem Widerstand des Feindes. Das Zentrum drängte vorwärts und gestern den Feind aus den genannten Stellungen in der Richtung der Flüsse von Gresna heraus. Auf dem linken Flügel warfen die griechischen Divisionen den Feind nach und nach aus allen bestgesetzten Stellungen und besetzten Pefchowo und die Bergspitzen im Norden von Pefchowo.

Sofia ohne Brot?

Paris, 22. Juli. Der Sonderberichterstatter des Journal telegraphique aus Sofia: Die Rumänen verhindern die Lebensmittelversorgung von Sofia. Wir werden kein Brot haben, und wenn Europa nicht binnen zwei Tagen mit aller Entschiedenheit einmarschiert, dann werden wir eine Reihe jener Katastrophen erleben, welche den Schrecken der Weltgeschichte bilden.


Wähler, freil!

Paris, 21. Juli. In Niederosterreich haben die Wähler bei den getriggen Gemeinderatswahlen geteilt, um dem früheren Gemeinderat, der wegen Auflassung der Befestigungen des Kriegshofens zurückgetreten war, ihre Zustimmung zu besunden. Von 8350 Wählern erschienen 61 an der Urne.

Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten, Gemeindefachliches, Familien- und Vermittlungs Karl Bock, für Lokales Wilhelm Koenen, für Provinziales Gottlieb Rasparck, für die Anzeigen Wilh. Herzog, Verleger Alfred Jähni, sämtlich in Halle. — Druck der Halle'schen Anzeigendruckerei (G. W. u. S. D.).

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Die beste Erfindung: Pfg



DOYEN

Cigaretten

Adler Compagnie Act. Ges.

ist Kufeke
in Milch, Kakao, Suppen oder
Gemüsen die besten geeignete,
leicht verdauliche u. nahrhafte
Krankenkost.

ist Kufeke
in Milch, Kakao, Suppen oder
Gemüsen die besten geeignete,
leicht verdauliche u. nahrhafte
Krankenkost.

ist Kufeke
in Milch, Kakao, Suppen oder
Gemüsen die besten geeignete,
leicht verdauliche u. nahrhafte
Krankenkost.

ist Kufeke
in Milch, Kakao, Suppen oder
Gemüsen die besten geeignete,
leicht verdauliche u. nahrhafte
Krankenkost.

ist Kufeke
in Milch, Kakao, Suppen oder
Gemüsen die besten geeignete,
leicht verdauliche u. nahrhafte
Krankenkost.

ist Kufeke
in Milch, Kakao, Suppen oder
Gemüsen die besten geeignete,
leicht verdauliche u. nahrhafte
Krankenkost.

ist Kufeke
in Milch, Kakao, Suppen oder
Gemüsen die besten geeignete,
leicht verdauliche u. nahrhafte
Krankenkost.

ist Kufeke
in Milch, Kakao, Suppen oder
Gemüsen die besten geeignete,
leicht verdauliche u. nahrhafte
Krankenkost.

ist Kufeke
in Milch, Kakao, Suppen oder
Gemüsen die besten geeignete,
leicht verdauliche u. nahrhafte
Krankenkost.

ist Kufeke
in Milch, Kakao, Suppen oder
Gemüsen die besten geeignete,
leicht verdauliche u. nahrhafte
Krankenkost.

ist Kufeke
in Milch, Kakao, Suppen oder
Gemüsen die besten geeignete,
leicht verdauliche u. nahrhafte
Krankenkost.

Allerlei.

Dreitausend fünfhundert Gliedmaßen gestiftet!

In der kaiserlichen Zeitung war jüngst dieses Inserat zu lesen:
„Zirka 3000 künstliche Gliedmaßen für eine kriegsführende Regierung sofort geliefert. Offerten von nur leistungsfähigen Fabriken an Dr. Richard Mann, Köln.“
Zurzeit sind leistungsfähige Fabriken sind von der militärischen Seite zu erhalten. Die kaiserliche Regierung hat die künstlichen Gliedmaßen anzuordnen, als solle die Lieferung von Ersatzteilen und Speise gegeben werden. Da wäre es tatsächlich noch besser, die Regierungen „rühmen“ schon zu Friedenszeiten auch in künstlichen Gliedmaßen, damit nicht die Herstellung herumschieben, bis der kriegsführende Staat mit irgend- einer leistungsfähigen Fabrik handelseinig geworden ist!

Der Reichstag als Fortschrittsklub.

Man sollte meinen, schreibt das Berliner Tageblatt, daß Reichstagsabgeordnete deshalb in den Reichstag gewählt wären, um dort die Interessen des deutschen Volkes und ihrer Wähler wahrzunehmen. Diese Anschauung scheint aber nicht Allgemeingut des deutschen Volkes und auch nicht aller Reichstagsabgeordneten zu sein. Einen Beleg dafür liefert ein Nachruf, der zum Tode des Reichstagsabgeordneten, Domkapitular Böhl, im Herinalen Pfälzer Volksblatt erschien. Der Nachruf lautet offenbar aus der Feder eines anderen Reichstagsabgeordneten und enthält folgende Charakterisierung der Tätigkeit des Reichstagsabgeordneten Böhl:
„Man dürfte ihn wohl zur sogenannten schärfsten Tona zu rechnen, aber er hatte auch ein gutes Verständnis für das patriotische Ererbte und die großen Aufgaben, die ihm im Reichstag, hatieren seinen Platz einnehmen. Am Reichstagsrat trat er, wie das bei den dortigen Verhältnissen nicht anders möglich ist, wenig hervor. Er beschäftigte sich aber dort viel mit russisch, englisch und polnisch.“

Es gibt also immerhin noch Leute, die den Reichstag als eine Art Omnibuss und Nachschube anbieten und ihre zwanzig Mark Dänen für Sprachdiener einfordern.

Unangenehme Jollisunterzählungen

weder einer Köhler Hochfirmen. Die sich mit dem Handel von Spirit befasst, zum Vorwurf gemacht. Die Firma soll sich eines besonders eingetragenen Zankwagens bedient haben, der zum kleineren Teil mit Vergas gefüllt war, während ein großer, nach hinten gerichteter Schornstein mit einem Netz der Verstellung an der Brenne wurde aber jetzt nur das Vergas der antiken Verstellung unterworfen. Die dadurch hinterzogene Jollisunterzählung soll sich auf mehrere hunderttausend Mark belaufen. Die Inhaber der Firma, deren Namen noch geheim ist, gehalten werden, sind verhaftet, aber gegen Stellung einer hohen Kaution freigesetzt und nach Deutschland verwiesen. So betrügen Kapitalisten den Staat um Millionen — es bespreche aber einmal jemand ihren „Patriotismus“!

Erbeben in Süddeutschland.

Nach in ganzem Württemberg wurde Sonntag mittag 1 Uhr 7 Minuten ein kurzer, aber heftiger Erdstöß verspürt. In Stuttgart fürgen die Leute auf die Straßen. Die Telefon- und Telegraphenröhren gerieten in heftige Schwingungen. Von einigen Gebäuden wurde Schutt herabgeworfen. Am städtischen Hoftheater traten die selbständigen Feuerwehler in Funktion und verursachten einen kleinen Alarm. Der Herd des Erbebens scheint wiederum, wie am 16. November 1911, in der Schwäbischen Alb gewesen zu sein. Es ist deshalb auch in den Orten der Alb, besonders fast ausschließlich in den Orten, die sich im Bereich der Schwäbischen Alb und Württemberg befinden, der Erdstöß ferner wahr genommen im ganzen Resttal sowie im Neckartal von Kottswil bis Heilbronn. Weiter liegen Erbeben-Nachrichten vor aus Goppingen, Ludwigsburg, Reudenstadt und Pforzheim. Auch in Frankfurt a. M. und Straßburg ein Erbeben wurde der Erdstöß verspürt.

Strahlenbahnung.

In der Windmühlenthalde in Leipzig ergreife sich am Sonntag nachmittag ein verhängnisvoller Zusammenstoß zwischen einem Omnibus der Leipziger Allgemeinen Kraft Omnibus-Aktiengesellschaft und einem Wagen der Leipziger elektrischen Straßenbahn, wobei drei Personen schwer und sieben weniger schwer verletzt wurden. Der Omnibus wurde zertrümmert und auch der Wagen der elektrischen Straßenbahn wurde schwer beschädigt. Die Schuld an dem Unfall liegt dem Chauffeur des Motoromnibusses treffen, der entgegen seiner Anweisung an dem Straßenbahnwagen vorbeizukommen suchte.

Ein deutsches Schiff verbrannt.

Das deutsche Frachtschiff *Sturaria* der Hamburg-Amerika-Linie, das in der Nacht von Rio de Janeiro Feuer fing, ist vollständig verloren. Die Besatzung des deutschen Schiffes sowie die des britischen Schiffes von Irland, welches ebenfalls in Brand fiel, wurde gerettet.

Kleines Allerlei.

Ein neuerlicher Wollenbruch hat bei der Seidenfabrik in Ungarn einen großen Teil der Komitats überdeckt. In Kovsede sind 75 Häuser mit 100 Rebegebäuden eingestürzt. Es fand dort auch ein größerer Erdstöß statt. — Im Wisum Winter wurden infolge des schlechten Wetters mehrere „Gottesdienste“ angeordnet, an denen sich die Gemeindeglieder beteiligten. Ein Mitglied vierter Klasse des Veronesenregiments Lissa-Polen hat ein Arbeiter plötzlich ohne sichtbare Ursache auf seine Wirtelenden ein, von denen vier schwer verletzt wurden. Als die Wirtelenden die Wirtellose sahen, sprang der Wirtelträger aus dem Zuge, wurde verfolgt und verhaftet.

zu der Tat durch die fortwährenden Sticheleien und Klatscheilen gezeigt wird. In der Tat wurde die Tat und die Klatscheilen, daß ihm der Spieß soviel teurer gekostet. Der Vertreter des Magers beantragte, die Gefängnisstrafe in eine Gefängnisstrafe von einer Woche umzuwandeln. Das Gericht zog aber die allgemeinen Umstände, durch die die Tat veranlaßt wurde, in Betracht und befahl das Urteil der Vorinstanz.

Wahlkreis.

Die Wahlkreise sind in der Tat und die Klatscheilen, daß ihm der Spieß soviel teurer gekostet. Der Vertreter des Magers beantragte, die Gefängnisstrafe in eine Gefängnisstrafe von einer Woche umzuwandeln. Das Gericht zog aber die allgemeinen Umstände, durch die die Tat veranlaßt wurde, in Betracht und befahl das Urteil der Vorinstanz.

Wahlkreis.

Die Wahlkreise sind in der Tat und die Klatscheilen, daß ihm der Spieß soviel teurer gekostet. Der Vertreter des Magers beantragte, die Gefängnisstrafe in eine Gefängnisstrafe von einer Woche umzuwandeln. Das Gericht zog aber die allgemeinen Umstände, durch die die Tat veranlaßt wurde, in Betracht und befahl das Urteil der Vorinstanz.

Wahlkreis.

Die Wahlkreise sind in der Tat und die Klatscheilen, daß ihm der Spieß soviel teurer gekostet. Der Vertreter des Magers beantragte, die Gefängnisstrafe in eine Gefängnisstrafe von einer Woche umzuwandeln. Das Gericht zog aber die allgemeinen Umstände, durch die die Tat veranlaßt wurde, in Betracht und befahl das Urteil der Vorinstanz.

Wahlkreis.

Die Wahlkreise sind in der Tat und die Klatscheilen, daß ihm der Spieß soviel teurer gekostet. Der Vertreter des Magers beantragte, die Gefängnisstrafe in eine Gefängnisstrafe von einer Woche umzuwandeln. Das Gericht zog aber die allgemeinen Umstände, durch die die Tat veranlaßt wurde, in Betracht und befahl das Urteil der Vorinstanz.

Wahlkreis.

Die Wahlkreise sind in der Tat und die Klatscheilen, daß ihm der Spieß soviel teurer gekostet. Der Vertreter des Magers beantragte, die Gefängnisstrafe in eine Gefängnisstrafe von einer Woche umzuwandeln. Das Gericht zog aber die allgemeinen Umstände, durch die die Tat veranlaßt wurde, in Betracht und befahl das Urteil der Vorinstanz.

Wahlkreis.

Die Wahlkreise sind in der Tat und die Klatscheilen, daß ihm der Spieß soviel teurer gekostet. Der Vertreter des Magers beantragte, die Gefängnisstrafe in eine Gefängnisstrafe von einer Woche umzuwandeln. Das Gericht zog aber die allgemeinen Umstände, durch die die Tat veranlaßt wurde, in Betracht und befahl das Urteil der Vorinstanz.

Wahlkreis.

Die Wahlkreise sind in der Tat und die Klatscheilen, daß ihm der Spieß soviel teurer gekostet. Der Vertreter des Magers beantragte, die Gefängnisstrafe in eine Gefängnisstrafe von einer Woche umzuwandeln. Das Gericht zog aber die allgemeinen Umstände, durch die die Tat veranlaßt wurde, in Betracht und befahl das Urteil der Vorinstanz.

Wahlkreis.

Die Wahlkreise sind in der Tat und die Klatscheilen, daß ihm der Spieß soviel teurer gekostet. Der Vertreter des Magers beantragte, die Gefängnisstrafe in eine Gefängnisstrafe von einer Woche umzuwandeln. Das Gericht zog aber die allgemeinen Umstände, durch die die Tat veranlaßt wurde, in Betracht und befahl das Urteil der Vorinstanz.

Wahlkreis.

Die Wahlkreise sind in der Tat und die Klatscheilen, daß ihm der Spieß soviel teurer gekostet. Der Vertreter des Magers beantragte, die Gefängnisstrafe in eine Gefängnisstrafe von einer Woche umzuwandeln. Das Gericht zog aber die allgemeinen Umstände, durch die die Tat veranlaßt wurde, in Betracht und befahl das Urteil der Vorinstanz.

Wahlkreis.

Die Wahlkreise sind in der Tat und die Klatscheilen, daß ihm der Spieß soviel teurer gekostet. Der Vertreter des Magers beantragte, die Gefängnisstrafe in eine Gefängnisstrafe von einer Woche umzuwandeln. Das Gericht zog aber die allgemeinen Umstände, durch die die Tat veranlaßt wurde, in Betracht und befahl das Urteil der Vorinstanz.

Wahlkreis.

Die Wahlkreise sind in der Tat und die Klatscheilen, daß ihm der Spieß soviel teurer gekostet. Der Vertreter des Magers beantragte, die Gefängnisstrafe in eine Gefängnisstrafe von einer Woche umzuwandeln. Das Gericht zog aber die allgemeinen Umstände, durch die die Tat veranlaßt wurde, in Betracht und befahl das Urteil der Vorinstanz.

Wahlkreis.

Die Wahlkreise sind in der Tat und die Klatscheilen, daß ihm der Spieß soviel teurer gekostet. Der Vertreter des Magers beantragte, die Gefängnisstrafe in eine Gefängnisstrafe von einer Woche umzuwandeln. Das Gericht zog aber die allgemeinen Umstände, durch die die Tat veranlaßt wurde, in Betracht und befahl das Urteil der Vorinstanz.

Wahlkreis.

Die Wahlkreise sind in der Tat und die Klatscheilen, daß ihm der Spieß soviel teurer gekostet. Der Vertreter des Magers beantragte, die Gefängnisstrafe in eine Gefängnisstrafe von einer Woche umzuwandeln. Das Gericht zog aber die allgemeinen Umstände, durch die die Tat veranlaßt wurde, in Betracht und befahl das Urteil der Vorinstanz.

Wahlkreis.

Die Wahlkreise sind in der Tat und die Klatscheilen, daß ihm der Spieß soviel teurer gekostet. Der Vertreter des Magers beantragte, die Gefängnisstrafe in eine Gefängnisstrafe von einer Woche umzuwandeln. Das Gericht zog aber die allgemeinen Umstände, durch die die Tat veranlaßt wurde, in Betracht und befahl das Urteil der Vorinstanz.

Wahlkreis.

Die Wahlkreise sind in der Tat und die Klatscheilen, daß ihm der Spieß soviel teurer gekostet. Der Vertreter des Magers beantragte, die Gefängnisstrafe in eine Gefängnisstrafe von einer Woche umzuwandeln. Das Gericht zog aber die allgemeinen Umstände, durch die die Tat veranlaßt wurde, in Betracht und befahl das Urteil der Vorinstanz.